



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse Euch, werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat, vom Gemeinderat, anwesende Personen aus der Verwaltungsleitung, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie liebe Gäste zu unserer 6. Sitzung des Jahres 2025. Ganz besonders begrüsse ich heute ein neues Mitglied unter uns, Frau Gabriela Link-Zaugg. Wir wünschen ihr viel Freude und Erfüllung bei diesem Amt. Nun bitte ich die Stadtratssekretärin Barbara Labbé um den Appell.

- 35 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 4 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): 36 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend, 4 Stadträtinnen und Stadträte sind entschuldigt abwesend. Vom Gemeinderat sind alle Mitglieder hier. Ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste und der Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Ich mache Euch darauf aufmerksam, dass auch diese Sitzung wieder aufgenommen wird, wie auch die letzten beiden im Rahmen des Tests. Ich glaube, Ihr saht es an den Fraktionssitzungen jeweils schon, wie das mit dem Audio-Protokoll in Zukunft aussehen könnte. Die Traktandenliste sowie die dazugehörigen Akten sind erneut auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

¹ Ein Stadratsmitglied trifft mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 36 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

1. Protokolle der Stadtratssitzung vom 30. Juni 2025 und 18. August 2025: Kenntnisnahme

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Dann kommen wir zu Traktandum Nr. 1, der Kenntnisnahme des Protokolls der Stadtratssitzungen vom 30. Juni 2025 und 18. August 2025. Die beiden Protokolle waren auf der Webseite und in der Aktenaufgabe einsehbar. Gibt es Bemerkungen zu diesen Protokollen? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Besten Dank an die Mitwirkenden, insbesondere Thomas Thurnherr für die Verfassung der Protokolle.



2. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission (Ersatzwahl für den per 31. August 2025 zurückgetretenen Janosch Fankhauser [SVP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zum Traktandum Nr. 2; Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission mit der Ersatzwahl für den per 31. August 2025 zurückgetretenen Janosch Fankhauser, SVP. Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wie Ihr dem Bericht entnehmen konntet, steht für die Ersatzwahl der SVP Reto Andres zur Wahl. Möchte ihn die Fraktion gerne vorstellen?

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mich auch kurzhalten. Wir schlagen eben Reto Andres vor. Er war vom Sommer 2017 bis Ende 2024 bereits Mitglied der KöS¹. Er ist 67 und seit 33 Jahren Chef einer Küchenfirma in Langenthal. Also auch er wird auf dem Bau den Ablauf kennen und uns dort sicher in der Baukommission unterstützen können. Wir wären froh, wenn Ihr ihn wählen würdet. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Jan. Wird die Kandidatur von anderer Seite vermehrt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es weitere Stellungnahmen der Fraktionen oder von Einzelsprecher:innen? Auch das ist nicht der Fall Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer Reto Andres als Mitglied der Bau- und Planungskommission die Stimme geben will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci. Wir sind mittlerweile 36 Mitglieder.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:

Reto Andres (SVP) wird als Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt, mit Wirkung ab 28. Oktober 2025 für den Rest der laufenden Legislaturperiode bis zum 31. Dezember 2028.

¹ KöS = Kommission für Sicherheit



3. Bericht und Antrag des Stadtratsbüros betreffend Einsetzung einer nicht ständigen Kommission zur Begleitung von Gesetzgebungs- und Revisionsvorhaben

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3. Hier geht es um den Bericht und Antrag des Stadtratsbüros betreffend die Einsetzung einer nicht ständigen Kommission zur Begleitung von Gesetzgebungs- und Revisionsvorhaben. Ist das Eintreten bestritten? Das Eintreten ist nicht bestritten und wir kommen zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Bericht und Antrag des Stadtratsbüros liegen in schriftlicher Form vor. Bis jetzt gingen drei Anträge zu diesem Thema ein. Ich schlage im Allgemeinen vor, dass wir zuerst die allgemeine Beratung durchführen und nachher die Anträge bei den Ziff. I bis Ziff. III einzeln behandeln. Gibt es zu diesem Vorgehen Anmerkungen? Gut. So übernimmt die Berichterstattung des Stadtratsbüros Diego Clavadetscher.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Herr Stadtratspräsident, geschätzte Damen und Herren, ich rede als Sprecher des Büros des Stadtrates. Am 12. Mai 2025 bekam das Büro des Stadtrates von Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Auftrag, eine Vorlage zu bringen, die die Revision der Geschäftsordnung unseres Stadtrates vorsieht. Wir arbeiteten innerhalb des Büros in verschiedenen Sitzungen an diesem Projekt und wir leisteten dabei erste Vorarbeiten. Wir stellten dort dann auch fest, was wir schon im Voraus eigentlich angekündigt hatten, dass aus unserer Sicht das Projekt in mehreren Phasen durchgeführt werden sollte. In einer ersten Phase sollte es um die Sicherstellung für ideale Voraussetzungen zur Wiederbesetzung des Amtes der Stadtratssekretärin oder des Stadtratssekretärs gehen. Phase 2 ist eine generelle Überarbeitung der Geschäftsordnung und Phase 3, was sich jetzt abzeichnet, nachdem unser Rat die Motion zur Anpassung zeitmässiger Abläufe und Strukturen in unserer Stadt für erheblich erklärte. In dieser dritten Phase wird es darum gehen, die Beschlüsse, die dort gefasst werden, ebenfalls in der Geschäftsordnung umzusetzen. Dabei sind wir der Auffassung, dass es für ein solches Projekt Kontinuität braucht, damit das Know-how erhalten bleibt. Das Büro, das sich jedes Jahr in der Zusammensetzung ändert, ist für das überjährige Projekt nicht das richtige Gefäss, weil mit jedem Jahreswechsel das Know-how verloren geht. Auch bei Phase 1 gingen wir bei einer realistischen Zeitplanung davon aus, dass es unsicher ist, in diesem Jahr damit fertig zu werden, auch wenn wir Vollgas geben würden, zumal eine 2. Lesung nicht in dieses Jahr hineingepasst hätte. Aus diesem Grund kamen wir inhaltlich zum Schluss, dass es sinnvoll wäre, wenn die Aufgabe des Büros des Stadtrates einer stadträtlichen Kommission übertragen würde. Das ist der Grundgedanke des Antrags.

In den Grundlagenakten konnte man feststellen, dass es in Bezug auf das Vorgehen Einwände gab. Unser Büro prüfte die Einwände in einer weiteren Sitzung und kam zum Schluss, dass das Vorgehen, wie das Büro das vorschlägt, mit der Geschäftsordnung des Stadtrats konform ist. Es ist in der Geschäftsordnung nicht ausdrücklich vorgesehen, dass das Büro einen Bericht und Antrag zu einer Sache, die in der alleinigen Zuständigkeit des Stadtrats liegt, einbringen kann, so wie man das heute zu machen gedenkt. Wenn aber etwas nicht in einem Gesetz steht, ist immer zu prüfen, ob die Lücke bewusst oder unbewusst erfolgte, um das nicht mit juristischen Begriffen zu sagen. Wir kamen zum Schluss, dass es sich hier um eine unbewusste Lücke handelt; also eine, bei der man einfach schlichtweg nicht daran dachte, als man diesen Passus formulierte.

Wieso ist das so? Der Stadtrat als 40-köpfiges Gremium braucht ein Organ, das die Behörden führt. Das ist so vorgesehen, dass diese Aufgabe dem Büro übertragen wird. Wenn man eine Behörde führen will, läuft dies vor allem über Anträge. Und von dem her gesehen schauen wir das als eine organische Führungsaufgabe an, die so vorgesehen sein muss, dass eben das Organ, das mit der Leitung betraut ist, auch Anträge stellen kann. Es wäre denkbar gewesen, dass man dies über den Weg des Beschlussantrags gemacht hätte; das heisst, dass, wenn das Büro der Auffassung wäre, dass man etwas machen müsste, es zuerst im Stadt-



rat über den sogenannten Beschlussantrag die Anfrage stellt, ob das Büro daran arbeiten darf. In dem Beschlussantrag hätte man ungefähr das Gleiche geschrieben, wie dies heute begründet wurde, um dann in einem zweiten Schritt, in einer späteren Sitzung des Stadtrats das Okay zu bekommen, um dann nachher in einer dritten Sitzung den Bericht und Antrag zu bringen. Und wenn man so vorgehen müsste, und es tatsächlich die Idee des Stadtrates oder dieser seinerzeit verabschiedeten Geschäftsordnung gewesen wäre, dann hätte sich der Stadtrat ja eigentlich selber Knebel zwischen die Beine geworfen, indem eine Idee je nachdem eigentlich gar nicht mehr durch das gleiche Büro umgesetzt werden könnte. Also von dem her gesehen sind wir der Meinung, dass wir Euch hier inhaltlich und formell eine vernünftige Sache vorschlagen.

In diesem Beschlussesentwurf, den dieser Bericht und Antrag enthält, wird in Ziff. 1 die Kommission bestellt und eingesetzt. In Ziff. 2 steht etwas, das als solches keine unmittelbare Wirkung hat. Um das, was in der Ziffer 2 angedacht ist, umzusetzen, braucht es ganz klar, und das steht ja auch so im Beschlussesentwurf, einen weiteren Beschluss des Stadtrates. Wieso fügten wir das trotzdem so ein? Wir sind der Meinung, dass die seinerzeitige Grundidee, als uns der Gemeinderat darum bat, diese noch einmal zu überdenken, weiterhin richtig ist. Wir werden sie zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls noch einmal in dieser Besetzung einreichen. Mit dem, was wir hier in Ziff. 2 schreiben, wollen wir signalisieren, dass wir andeuten, dass aus unserer Sicht mehr kommen könnte; ob es dann auch mehr ist, entscheidet Ihr. Vor allem aber dient die Ziff. 2 etwas ganz Speziellem. Sie dient dazu, darauf hinzuweisen, dass man es in unserer Stadt auch einmal anders machen könnte, als man es schon immer machte. Und das ist einfach so ein Memento, dass, wenn man dann der Meinung ist, dass man es anders machen soll, man es auch anders machen könnte. Es ist einfach eine Einladung darüber nachzudenken, ob wir immer die gleichen Pfade gehen wollen, wie wir sie schon x Jahre gingen, zumal eben das, was hier drin vorgeschlagen wird, in unseren Reglementen vorgesehen ist und von daher gesehen nicht originell ist. Originell wäre es höchstens, wenn wir unsere Reglemente einmal umsetzen würden.

Nicht Teil des Antrags ist auch der folgende Punkt, den ich aber der Transparenz halber aufführen möchte. In Bezug auf den Zeitplan, wann wir mit dem Projekt der ersten Phase in den Stadtrat kommen wollen, machten wir uns im Nachgang zu einer Besprechung mit dem Gemeinderat noch einmal Überlegungen. Dabei kamen wir zum Schluss, dass wir dort ein bisschen Tempo rausnehmen und eine Stadtratssitzung später kommen. Da nun die Stadtratssitzungen so speziell liegen, bedeutet das, dass nun der Kommission rund sechs Wochen mehr Zeit für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, was auf das Projekt einen erheblichen Einfluss hat. Sobald die Einsetzung der Kommission erfolgte, werden wir dem Gemeinderat unsere Überlegungen in Bezug auf den Zeitplan kommunizieren. Das Büro ersucht Euch, diesen Bericht und Antrag zur Kenntnis zu nehmen und dem Beschlussesentwurf wie beantragt zuzustimmen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Diego Clavadetscher. Die Berichterstattung der GPK übernimmt Pascal Dietrich (FDP/jll/L49).

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich habe die dankbare Aufgabe, euch die Beratungen in der Geschäftsprüfungskommission und die Schlüsse, die wir daraus zogen, zu vermitteln. Es gab sicher schon einfachere Voten, denn der Berichtersteller des Büros tönte es schon an, dass es sich hier tatsächlich um ein bisschen ungewöhnliches Geschäft handelt, was wir hier vorgelegt bekamen. Unser eigenes Büro bringt direkt einen Antrag in den Rat ein und bringt ihn zur Abstimmung. Die Geschäftsprüfungskommission widmete sich dem intensiv und lud den Stadtratspräsidenten Fabian Fankhauser zu sich ein, um sich von ihm detailliert über die Entstehungsgeschichte dieser Angelegenheit informieren zu lassen. Wir diskutierten relativ lange darüber, und ich kann es hier auch gerade vorwegnehmen, dass die Argumente die GPK überzeugten

Daraufhin kam sie einstimmig zum Schluss, dass man das Vorgehen des Büros formell nicht beanstandet und es so in Ordnung ist. Wie kamen wir zu dieser Entscheid? Diego Clavadetscher erwähnte es bereits, dass dies ganz explizit in der Geschäftsordnung so nicht vorgesehen ist, dass das Büro einfach direkt einen Antrag einbringen kann. Aber unsere eigene Geschäftsordnung des Stadtrates muss man ja auch als Ganzes



anschauen und die verschiedenen Artikel, die sich dazu äusseren und damit befassen, was hier passiert, sollte man auch in ein Verhältnis, in eine Beziehung zueinander bringen. Beispielsweise in Art. 15, Abs. 1, lit. d, in dem die Aufgaben des Büros des Stadtrats festgehalten sind, geht es tatsächlich auch um eine Antragstellung an den Stadtrat bei Vorlagen und Geschäften, die uns selber betreffen und wir selber dazu kompetent sind, unter anderem eben bezüglich der Geschäftsordnung. Ich will jetzt hier kein juristisches Seminar abhalten, sondern nur kurz aufzeigen, dass sich die GPK mit dem Thema schon auch auseinander-setzte. Dann geht es aber auch um Art. 28 der Geschäftsordnung, der festhält, für welche Geschäfte eben nicht der Gemeinderat zuständig ist, diese auch vorzubereiten, was nun eben solche Beschlussanträge betrifft. Und dabei kamen wir im Ergebnis eigentlich zum gleichen Schluss wie eben auch das Büro.

Es gibt ja auch verschiedene Auslegungsmethoden und wir könnten jetzt tatsächlich sagen, dass man bei einer wörtlichen Auslegung hätte sagen können, dass es hier nirgends ganz explizit steht und man halt vielleicht diesen komplizierten Weg hätte gehen müssen. Wir sind aber der Meinung, dass das nicht der Fall ist, zumal es tatsächlich unnötig kompliziert geworden wäre, wenn man zuerst einen Beschlussantrag hätte einbringen müssen, ob das Büro das machen soll, was es jetzt effektiv machte, um anschliessend gemäss Art. 50 und Art. 55 der Geschäftsordnung weiterzugehen und dann irgendwann zu einem klar späteren Zeitpunkt wieder damit zu kommen. Man hätte damit Zeit verloren und die GPK kam klar zum Schluss, dass das überspitzt formalistisch gewesen wäre, wenn man ein solches Vorgehen verlangt hätte. Im Gegenteil, es ist sinnvoll und zweckmässig, dass man es so machte, wie man es jetzt gemacht hat.

Ich tönte es bereits an, die Geschäftsordnung ist auch ein Gesamtwerk. Und was ist eigentlich der Sinn und Zweck all dieser Artikel in der Geschäftsordnung? Man bezweckt doch damit, dass der Stadtrat effizient arbeiten kann. Natürlich soll auch alles nach geordneten Regeln vorgehen, aber man will nicht irgendetwas verzögern, sondern man soll effizient arbeiten können. Unter dieser Prämisse kamen wir zum Schluss, dass man bei der Auslegung nach Sinn und Zweck des Artikels, sprich bei der teleologischen Auslegung, das absolut als vertretbar angeschaut werden kann und dass kein formeller Fehler vorliegt. Diego Clavadetscher sagte es bereits, dass das Stadtratsbüro führen und arbeiten soll. Und das kann es nur, wenn es eben so etwas machen kann, wie es jetzt hier passierte, auch wenn das nicht ganz explizit wirklich so vorgesehen ist.

Vielleicht füge ich hier noch eine persönliche Bemerkung an. Im Jahr 2019 war ich auch schon dabei, als man die Geschäftsordnung beriet und dann verabschiedete. Und ich bin wirklich überzeugt, dass dann sicher niemand daran dachte, dass man so etwas verunmöglichen möchte. Das glaube ich nicht. Im Gegenteil, das sollte eben möglich sein, auch wenn es nicht explizit in der Geschäftsordnung steht. Trotz diesem grundsätzlichen Urteil, dass das sinnvoll und zweckmässig ist, so hatte die GPK dann schon auch noch einzelne Punkte, die wir uns noch genauer anschauten, weil wir am Anfang nicht sicher waren, ob das gescheit ist. Zum Beispiel wurden wir zuerst ein bisschen stutzig, dass man die Mitglieder dieser Kommission auch gleich im Anschluss an den Entscheid wählen und somit nicht nur die Kommission einsetzen, sondern auch sogleich noch die Mitglieder wählen und somit alles in einem Aufwisch erledigen soll. Dazu unterhielten wir uns auch mit dem Stadtratspräsidenten und kamen nachher zum Schluss, dass wir eigentlich damit einverstanden sind, wenn dies vorab in den Fraktionen besprochen werden konnte, was ja auch der Fall war und es demnach tatsächlich so klappt, ohne dass eine Fraktion jetzt gesagt hätte, dass ihr dies zu schnell geht und sie mehr Zeit benötigt. Somit gibt es keinen Grund, die Wahl zu verzögern und nach hinten zu verschieben, sodass auch wir uns damit einverstanden erklärten.

Noch zu mehr Stirnrunzeln führte eigentlich Ziff. III des Beschlussesentwurfs, wonach die Kommission "im Rahmen ihres Aufgabenbereichs die Vorlagen an den Stadtrat anstelle der Geschäftsprüfungskommission vorberät". Da überlegten wir uns schon auch, ob man uns auf das Abstellgleis schieben will und wir vielleicht in Zukunft einfach nur noch einen Apéro nehmen, wenn wir dann die nicht ständige neue stadträtliche Kommission haben. Aber das ist natürlich schon nicht so und nach erfolgter Diskussion sahen wir es auch ein und akzeptierten es, zumal die Vorbereitung dafür im Prinzip jeweils recht viel Zeit braucht und dies, neben allen anderen Geschäften, die die GPK ja auch alle regelmässig anzuschauen hat, wahrscheinlich zu einer zeitlichen Überforderung geführt hätte.



Und es ist ja nicht so, dass das jetzt auch wieder etwas wäre, was nirgendwo drinsteht, sondern das steht tatsächlich explizit in Art. 20, Abs. 3 der Geschäftsordnung bezüglich der Aufgaben, die die Geschäftsprüfungskommission hat, wonach sie als vorberatende Behörde alle Geschäfte begutachtet, die in den Stadtrat kommen. Dies macht sie übrigens nicht nur in formeller Hinsicht, was zwar nicht so steht, sondern, dass sie vielmehr alle Geschäfte, begutachtet, und dann folgt im letzten Teil des Satzes, "sofern dafür nicht weitere parlamentarische Kommissionen eingesetzt werden". Also dieser Fall ist jetzt ausdrücklich vorgesehen, dass man eine solche Delegation oder quasi eine Abtretung der Aufgabe machen kann, wenn es eben eine weitere, eine andere parlamentarische Kommission dafür gibt, die in dem Sinn die GPK entlastet. Das steht im letzten Satz von Art. 20, Abs. 3.

Und vor diesem Hintergrund fand die GPK, dass sie zwar Aufgaben abgibt, aber es sinnvoll erscheint und rein zeitlich wahrscheinlich auch vernünftig ist, wenn man das macht. Darum entschloss sich die GPK auch dazu, damit einverstanden zu sein. Und wenn der Stadtrat heute Abend dem Beschlussesentwurf so zustimmt, dann würden nachher die entsprechenden Vorlagen wirklich von dieser Kommission vorberaten und nicht mehr von der GPK. Zusammenfassend kann sich die GPK mit diesem Vorgehen einverstanden erklären. Es ist uns auch noch das Anliegen, das hier festzuhalten und als klare Auffassung der GPK zu deklarieren. Dies wurde auch seitens des Büros so vermittelt, dass dies in keiner Weise gegen die Exekutive gerichtet ist, sondern dem Ziel entspricht, eine umsichtige und vorausschauende Behandlung dieser hier angedachten Geschäfte durch den Stadtrat zu ermöglichen, die wir ja alle hier auch schon besprochen und festhielten, dass wir das angehen sollen. Und nun will man damit die Voraussetzungen schaffen, dass der Stadtrat hier eben Mittel hat, um das nachher auch effizient vorzubereiten und zu beraten. Um das geht es hier und nicht darum, irgendetwas zu verschieben oder jemandem etwas wegzunehmen. Das ist das, was wir in der GPK berieten. Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Pascal Dietrich. Gibt es nun Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Franziska Zaugg-Streuli (FDP).

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die FDP/jll/L49-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss grossmehrheitlich so, wie er vorliegt. Wir haben intensiv darüber diskutiert, weil wir überzeugt sind, dass das Anliegen wichtig ist, zukunftsorientiert und die Arbeitsweise unseres Stadtrats nachhaltig stärkt. Die Schaffung einer auch vorbereitenden Kommission zur Begleitung der Revision der Geschäftsordnung bringt aus unserer Sicht zahlreiche Vorteile. Vor allem schafft sie Kontinuität, wie Diego Clavadetscher vorhin schon sagte; ein Aspekt, der nicht zu unterschätzen ist. Das Stadtratsbüro wird jedes Jahr neu zusammengesetzt, wodurch wertvolles Wissen und Erfahrung oft verloren gehen. Eine Kommission hingegen begleitet die Arbeit über längere Zeit hinweg und sorgt dafür, dass das einmal aufgebaute Know-how erhalten bleibt und in die weiteren Schritte einfließen kann. Darüber hinaus steigert eine solche Kommission die Effizienz und Klarheit in den Abläufen. Sie entlastet das Stadtratsbüro, indem sie komplexe Themen vertieft vorbereitet und fundiert zur Diskussion stellt. Das ermöglicht es dem Stadtrat, sich auf die wesentlichen politischen Fragen zu konzentrieren und dies mit klaren Entscheidungsgrundlagen gut vorzubereiten. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Eine feste Kommission bietet hier eine klare Ansprechstelle, fördert den Austausch zwischen Legislative und Exekutive und schafft Vertrauen. Eine verlässliche, kontinuierliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist entscheidend, wenn es um die Weiterentwicklung unserer Strukturen und Prozesse geht. Mit der Einsetzung dieser Kommission schaffen wir somit die Grundlage dafür, dass der Stadtrat seine Verantwortung für die eigene Organisation aktiv und vorausschauend wahrnehmen kann. Wir schaffen Verbindlichkeit und Professionalität in einem Rahmen, in dem gute Lösungen entstehen können. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Franziska. Gibt es weitere Fraktionssprecher? Corinna Grossenbacher (SVP).

Stadträtin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich glaube, auch in der SVP-Fraktion gab dieses Traktandum wirklich extrem viel zu diskutieren. Ich werde mich jetzt insofern kürzer halten, als dass ich



nicht alle Paragraphen oder alle Artikel aus der GO noch einmal benennen werde, die heute Abend schon genannt wurden. Aber auch wir diskutierten die in der Fraktion sehr ausführlich. Grundsätzlich stellt sich die SVP-Fraktion grossmehrheitlich hinter diesen Antrag des Stadtratsbüros. Wir sehen es als zwingend notwendig an, dass mindestens Art. 17 betreffend die Anstellung der Stadtratssekretärin oder des Stadtratssekretärs in nützlicher Zeit in der GO angepasst werden muss. Ausserdem sehen wir Verbesserungspotenzial bei den Rahmenbedingungen für eine bessere und effizientere gewaltenteilige Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat und den anderen Organen unserer Stadt. Das Thema Kontinuität wurde schon eben von Franziska Zaugg-Streuli angesprochen. Das war auch für uns ein ganz wichtiger Punkt. Das Stadtratsbüro ist, so glaube ich, selten wie jetzt in der heutigen Formation schon fast seit zwei Jahren zusammen. Aber üblicherweise ändert sich dies regelmässig jedes Jahr, sprich die Zusammensetzung ändert dauernd. Somit kann Kontinuität bei einem so wichtigen Thema wie der Anpassung oder der Überarbeitung der Geschäftsordnung auf Sinn und Unfug nicht gewährleistet werden. Darum ist eine stadträtliche Kommission in unserer aller Sinne, damit in dieser die Überarbeitung der GO wirklich gewährleistet werden kann. Infolgedessen stellt sich die SVP-Fraktion grossmehrheitlich hinter die Beschlussanträge des Stadtratsbüros und wir hoffen, dass Ihr das auch macht. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Corinna. Nun folgt Sandro Baumgartner (SP/GL).

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, wir sind ein bisschen erstaunt, wie man solche Sachen auslegen kann. Ich finde das gut und sollten wir ein bisschen mehr machen, das heisst ein bisschen weniger schreiben und dafür ein bisschen mehr leben. Das ist super und ist betreffend diese Beschlussesanträge auch sicher gut, aber ich bin dennoch ein bisschen schockiert. Wir reden hier von einer nicht ständigen Kommission mit dem Auftrag, die Geschäftsordnung zu überarbeiten und nicht über Kontinuität oder eine feste Kommission. Nein, darüber stimmen wir nicht ab, sondern über eine nicht ständige Kommission für die Überarbeitung der Geschäftsordnung. Falls man dann eine weitere Kommission einbringen müsste, sprich eine ständige Kommission, die dann diese Aufgaben übernehmen sollte und als Bindeglied fungieren sollte, so können wir darüber gerne diskutieren, kein Problem. Hier geht es um eine nicht ständige Kommission, sodass sie auch wieder einmal aufgelöst wird. Aber dadurch werden wir nie die Kontinuität erzielen, wie Ihr es hier gerne anspricht. Bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung helfen wir alle sehr gerne mit, aber im Moment in einer nicht ständigen Kommission. Des Weiteren danke ich Diego Clavadetscher dass er keine Daten nannte, per wann die Kommission zu arbeiten beginnt. Da kursierten zuerst ganz komische Daten, sodass man nicht einmal rechtskräftig wäre. Es standen dabei auch der 27. Oktober 2025 und der 1. November 2025 im Raum, wonach dann ja die nicht ständige Kommission gar noch nicht tagen, kann, weil es ja gar noch nicht rechtskräftig ist. Deshalb werden wir auch den einen oder anderen Antrag stellen, den alle Fraktionen bereits zugestellt erhielten und ich doch hoffe, dass Ihr uns dort beim einen oder beim anderen Punkt unterstützt. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Sandro Baumgartner, nun folgt Mike Sigrist (GLP/EVP-Fraktion.)

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, unsere Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtratsbüros. Vieles von dem, was schon gesagt wurde, ist uns auch wichtig. Dennoch möchte ich vielleicht auch noch als Input eines Nicht-Juristen einbringen, dass es spannend ist, ein bisschen von aussen zu sehen, wie man Sachen eben unterschiedlich anschauen kann. Mir gefiel es sehr, dass wir auf mehr Sinn und Zweck achten und nicht auf irgendwelche formalistischen Argumente. Darum unterstützen wir das. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Mike. Gibt es nun Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher zum allgemeinen Teil? Das ist nicht der Fall. Wir kommen in dem Fall zu den Anträgen.



Als erstes liegt zu Ziff. I ein Änderungsantrag der GLP/EVP-Fraktion vor. Wünscht die Fraktion das Wort?

Antrag GLP / EVP-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 78 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und Art. 27 seiner Geschäftsordnung beschliesst:

I. Der Stadtrat setzt eine nicht ständige Kommission bestehend aus **maximal 8 Mitgliedern** ein mit dem Auftrag, die Arbeiten für die bevorstehenden Revisionen der Geschäftsordnung zu begleiten, zu koordinieren und vorzubereiten sowie dem Stadtrat dazu Antrag zu stellen. Unter Entlastung des Büros wird ihr somit der mit Beschluss des Stadtrats vom 12. Mai 2025 an das Stadtratsbüro erteilte Auftrag übertragen.

II.... [wie beantragt]

III.... [wie beantragt]

Stadtverwaltung LU, Division 03/05, Telefonkurz: 3

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Geschätzte Anwesende, als Mitte-Partei und kleine Fraktion sind wir es uns gewohnt, dass Lösungen mehrheitsfähig sein müssen und wir nicht einfach so unsere Haltung stier durchsetzen können. Aber das macht uns nichts, ist das doch der Kern der Demokratie, den wir schätzen und hochhalten wollen. Als es darum ging, Personen in die neue, nicht ständige Kommission auszuwählen und vorzuschlagen, machten wir uns Gedanken, wer hier am meisten etwas einbringen könnte und nicht nur den Stuhl warmhalten würde. Fabian Fankhauser setzte sich mit der Thematik im Zusammenhang mit seiner aktuellen Funktion als Stadtratspräsident schon intensiv damit auseinander und möchte gerne die Erfahrung und das Wissen einbringen. Als zweite Person kam ich ins Spiel. Aufgrund meiner beruflichen Situation durfte ich in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Erlassrevisionen auf Gemeindeebene begleiten, zuletzt die Totalrevision des Organisationsreglements der Gemeinde Roggwil, um nur ein Beispiel zu nennen.

Auch ich würde gerne mein Wissen einbringen und Lösungen schaffen, die praxistauglich sind. Wir fanden, dass es Sinn macht, den Antrag zu stellen, die Kommission um einen Sitz zu erweitern, zumal es sich um eine Sachkommission handelt, bei der es – wie der Name schon sagt - um die Sache geht und wir beide etwas beitragen könnten; auch im Wissen darum, dass das ein Gremium ist, das nicht abschliessend entscheidet und es darum geht, sich im Vorfeld auszutauschen und gute Lösungen für alle Seiten zu erarbeiten. Wie man das im Übrigen genau aus diesem Grund auch schon bei anderen nicht ständigen Kommissionen so machte. Und das ist genau der Grund, warum wir finden, dass es eben nicht solch eine Rolle spielt, ob jetzt eine gerade Anzahl an Sitzen vorhanden ist oder ob die Fraktionsstärken wirklich zu 100% umgesetzt sind. Und sind wir ehrlich, wenn wir es nicht schaffen, in diesem Gremium Lösungen zu finden, die von uns allen getragen werden und man mit Stichtentscheiden Entscheide durchdrücken will, dann hat die ganze Geschäftsordnung unserer Meinung nach nicht viel Wert. Und wir sind alle ein Teil dieser Behörde und es sollte doch für alle auf irgendeine Art und Weise stimmen. Die GLP/EVP-Fraktion stellt darum den Antrag, die nicht ständige Kommission zur Begleitung von Gesetzgebungs- und Revisionsvorhaben auf acht Sitzen zu erweitern und schlägt Fabian Fankhauser sowie mich zur Wahl vor.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Murielle Schärer. Nun bittet Diego Clavadetscher für das Stadtratsbüro um das Wort.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich kann einzig erläutern, was das Stadtratsbüro dazu brachte, seinen Formulierungsvorschlag so vorzulegen. Die Begründung liegt in Art. 27, Abs. 1 der Geschäftsordnung, der besagt, dass "der Stadtrat nach Massgabe der Bestimmungen der Stadtverfassungen weitere ständige oder nicht ständige Kommissionen einsetzen kann, wobei auf die Vertretung der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Geschlechter angemessenen Rücksicht zu nehmen ist". Das führte uns dazu, dass wir, eben um die Verhältnisse abbilden zu können, mit einer ungeraden Mitgliederzahl arbeiteten, so wie es in den letzten Jahren immer der Fall war, wenn Kommissionen eingesetzt wurden. Das war unsere Überlegung. Zu Eurem Antrag selber konnten wir natürlich nichts sagen oder beschliessen.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, wünscht die GPK das Wort? Nein. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, die sich dazu melden möchten?

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Danke vielmals. Selbstverständlich ist das eine Sachkommission, bei der es selbstverständlich keine Stichentscheide geben sollte. Aber nichtsdestotrotz wissen wir auch hier, dass nicht immer alles "Frieden, Freude, Eierkuchen" ist. Wir als grösste Fraktion werden auch das Präsidium dieser Kommission anstreben. Merci.

Stadträtin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, bei aller Sympathie für Dich Murielle, und auch für Dich Fabian, wird die SVP diesen Antrag nicht unterstützen. Wir nahmen im Vorfeld auch bereits mit Fabian Fankhauser Kontakt auf, und zwar genau aufgrund von Art. 27, den ich jetzt nicht noch einmal vorlese, zumal es Diego Clavadetscher bereits begründete. Darin steht, wie sich Kommissionen zusammensetzen haben. Es wäre sympathisch, dass man wie auch in anderen Kommissionen mitarbeitet, aber kein Stimmrecht hat. Wenn Ihr Euren Antrag so vielleicht abwandeln wollt, hätte es vielleicht eine Chance. Andernfalls wird ihn die SVP nicht unterstützen. Merci.

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir von der FDP/jll/L49-Fraktion lehnen den Antrag der GLP/EVP grossmehrheitlich ab. Die Zusammensetzung der Kommissionen sollte das Kräfteverhältnis im Stadtrat widerspiegeln. Das ist ein Grundprinzip unserer demokratischen Arbeit. Das bedeutet, dass grössere Fraktionen mit zwei Sitzen vertreten sind und kleinere mit einem Sitz. Wir anerkennen selbstverständlich das Engagement aller Fraktionen, auch von denen mit wenigen Mitgliedern, und finden es toll, wenn sich mehr als jemand bei der GLP/EVP-Fraktion für die Kommission interessiert. Doch es ist nicht die Aufgabe der Kommissionsbildung, Fraktionsgrössen künstlich auszugleichen. Das wäre weder verhältnismässig, noch sachlich begründbar. Kommissionen sollen effizient arbeiten und Mehrheitsverhältnisse im Rat abbilden. Genau das erreichen wir mit der vorgesehenen Regelung.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Franziska. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Änderungsantrag, wie Ihr ihn eingeblendet seht, für maximal acht Kommissionsmitglieder annehmen will, der zeigt das mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

Abstimmung über den Antrag der GLP/EVP-Fraktion zur Erweiterung der Kommission auf 8 Mitglieder:

16 Ja

18 Nein abgelehnt

2 Enthaltungen

Wir kommen zum Änderungsantrag bei Ziff. II der SP/GL-Fraktion. Darf ich der Antrag stellenden Fraktion das Wort geben?

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 78 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und Art. 27 seiner Geschäftsordnung beschliesst:

I. ... [wie beantragt]

II. ~~Die nicht ständige Kommission kann gegebenenfalls – gestützt auf zusätzliche Stadtratsbeschlüsse –~~
~~weitere Aufgaben im Bereich der Begleitung resp. Vorbereitung von Gesetzgebungsarbeiten (als~~
~~Vertretung des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung) übernehmen.~~



Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Wie ich schon zuvor sagte, reden wir hier von einer nicht ständigen Kommission. Und Ziff. II ist halt so geschrieben, dass man ihr immer wieder Arbeiten oder Aufträge zuweisen kann.

Aber wie in Ziff. I festgehalten, geht es hier konkret um die Überarbeitung der Geschäftsordnung. Und wenn man in Ziff. II ergänzen oder hineinschreiben würde, dass es nur Geschäftsordnungsaufträge sein können, dann à la Bonheur. Aber so, wie es hier steht, sehen wir einfach nicht, dass das hier irgendwann zu einem Ende führt, zumal die Kommission sicherlich genügend Arbeit hätte. Aber dafür muss ein anderes Gefäss gefunden werden. Merci.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich erläuterte bereits im Eintretensvotum, was die Überlegungen des Stadtratsbüros waren. Dem Stadtratsbüro war klar, dass mit dieser Ziffer II, wenn sie so drinsteht, nichts passiert. Damit passiert auch nichts, wenn man es herausstreicht. Dabei wollten wir gerne zu bedenken geben, wie man es machen könnte. Da bin ich mit Dir einig, Sandro. Wenn die Kommission einen Auftrag bekommen würde, der dazu führen würde, dass ihr Bestehen auf die Ewigkeit angelegt wäre und somit zu einer ständigen Kommission werden würde, dann würde das in dem angesprochenen zusätzlichen Stadtratsbeschluss eben so beschlossen. Wir legten vorher dar, dass die Kommission auf drei Phasen angelegt wurde, weil wir in drei Phasen die Geschäftsordnung anpassen müssen. In diesen drei Phasen, in denen sie nicht ständige Kommission ist, passiert in dieser Stadt hoffentlich und endlich sehr Vieles.

Und Ihr könnt davon ausgehen, dass die Kommissionsmitglieder ihre Arbeit seriös machen werden, was bedeutet, dass sie in Bezug auf das Funktionieren der Behörden, und auf das Zusammenspiel der Behörden sehr viel Know-how aufbauen werden. Und wir fanden, wenn die Mehrheit das will, dann wäre es sinnvoll, das Know-how auch dort abzuholen. Wie gesagt, es braucht dazu einen Beschluss, aber ich möchte einfach daran erinnern, dass hier im Stadtrat bei im Moment sieben Mitgliedern – wenn ich den vorherigen Beschluss richtig verstand – ein Know-how aufgebaut wird und dass das Know-how dieser Leute auch für andere Aufgaben, die dem Stadtrat als geeignet erscheinen, zur Verfügung gestellt werden könnte. Das möchten wir mit dem Beschluss zu bedenken geben. Wenn man das nicht will und das jetzt damit zum Ausdruck bringen will, dass, wenn dann weitere Aufgaben auf den Stadtrat zukommen, es dann unbedingt andere Leute sein müssen, kann man das selbstverständlich auch so machen. Aber es entspricht nicht einer Stärkung des Parlaments, wenn in mehreren Kommissionen parallel ähnliches Know-how aufgebaut wird. Und nur an das möchte ich mit dieser Ziff. II erinnern. Wir finden das vernünftig und bitten Euch, das eben hier aufgebaute Parlaments-Know-how auch für andere sinnvolle Aufgaben, die sich dann später noch einstellen können, nutzen zu können, zumal es auch darum geht, damit ein Zeichen zu setzen. Danke.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Diego. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionsprecher? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Corinna Grossenbacher (SVP).

Stadträtin Corinna Grossenbacher (SVP): Ich kann nur als Einzelsprecherin reden, weil ich nicht weiss, wie sich unsere Fraktion zu diesem Antrag entscheiden wird. Ich glaube, das ist der Punkt, der bei uns in der Fraktion extrem viel zu diskutieren gab, und ich vermute, dass auch Ihr gegebenenfalls darüber stolpertet. Auf der anderen Seite wird nur dann so vorgegangen, wenn es gegebenenfalls zusätzliche Stadtratsbeschlüsse dazu gibt. Und vor dem Hintergrund bin ich eigentlich geneigt Euren Antrag abzulehnen, da ein solcher Antrag so oder so dann wieder dem Rat vorgelegt wird und wir dann wiederum entscheiden dürfen, ob die nicht ständige Kommission das übernehmen oder dafür eine andere gewählt werden soll. Somit sehe ich darin nicht wirklich einen grossen Mehrwert. Sorry.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag von Ziffer II. Wer dem Änderungsantrag, so wie Ihr ihn hier eingeleitet seht, den Vorzug gibt und nicht will, dass wir dieser Kommission weitere Aufträge erteilen können, zeigt das mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

Abstimmung über den Antrag der SP/GL-Fraktion zur Streichung von Ziff. II

10 Ja

25 Nein abgelehnt

1 Enthaltung

Wir kommen zum Änderungsantrag von Ziffer III, der wiederum die SP/GL-Fraktion einbrachte. Ich darf dem Sprecher Sandro Baumgartner (SP/GL) das Wort übergeben.

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3

- III. Die Kommission hat im Einzelnen die folgenden Pflichten und Rechte:
- Im Rahmen ihres Aufgabebereichs berät sie die Vorlagen an den Stadtrat anstelle der Geschäftsprüfungskommission vor.
 - Sie stellt die Verbindung zu den stadtrechtlichen Fraktionen sicher und trägt dadurch zur Konsolidierung von Vorlagen zuhanden des Stadtrats bei.
 - Sie hat im Bereich ihres Aufgabengebiets Antragsrecht an den Stadtrat und vertritt diesen anstelle des Stadtratsbüros gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung.
 - Sie konstituiert sich selbst und verfügt über die Rechte und Pflichten stadträtlicher Kommissionen gemäss Stadtverfassung und Geschäftsordnung des Stadtrats.
 - Ihr Sekretariat wird vom Stadtratssekretariat geführt.

IV.... [wie beantragt]

V.... [wie beantragt]

Stadtratssitzung 13. Oktober 2025, Traktandum Nr. 3

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Uns geht es hier eigentlich darum, dass nicht klar geschrieben steht oder in unseren Augen nicht ganz ersichtlich ist, dass, wenn die nicht ständige Kommission die Geschäftsordnung überarbeitete, die GPK anschliessend das Ganze noch einmal überprüfen und anschauen soll, darf oder muss. Die daraus erfolgenden Anträge müssen ja dann noch entsprechend inhaltlich überprüft und das Ganze zwischen Vorberatung und formeller Kontrolle getrennt werden. Eine solche Regelung fehlt uns hier, weshalb wir hier den ersten Punkt in Ziffer III streichen wollen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Sandro Baumgartner. Für das Stadtratsbüro redet Diego Clavadetscher (FDP/jll/L49).

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit ich die Antwort richtig gebe, habe ich eine Verständnisfrage an den Antragsteller: Wenn der Antrag durchkommen würde, wie wäre dann die Sachlage in Bezug auf Art. 20, Abs. 3 unserer Geschäftsordnung, worin steht: "...sofern dafür nicht weitere parlamentarische Kommissionen eingesetzt werde", was ja der GPK-Sprecher vorher darlegte. Einfach nur, damit wir wissen, was denn eigentlich das Ziel ist. Aus unserer Sicht ist das eine wiederholende Klarstellung von dem, was in der Geschäftsordnung bereits drinsteht. Und wenn Ihr das streicht, dann steht es weiterhin in der Geschäftsordnung. Und vielleicht einfach um ein Missverständnis auszuräumen, die Geschäftsprüfungskommission hat ja mehrere Aufgaben. Was sie als Datenschutzstelle zu tun hat und so weiter, das interessiert jetzt heute Abend nicht. Die GPK nimmt ja als erstes ihre Aufsichtsfunktion wahr, was ihre Hauptfunktion ist und ihr von der Stadtverfassung zugewiesen wird, wie die anderen übrigens auch. Dabei liegt die Hauptfunktion auch darin, dass sie überprüft, wie das Funktionieren der Behörden abläuft. Für diese Tätigkeit muss sie nicht immer jeweils 14 Tage vor den Stadtratssitzungen zusammentreffen, weil in der Stadt Langenthal die GPK die einzige stadträtliche Kommission ist. Und weil Parlamente normalerweise so funktionieren, dass diejenigen Sachen, die im Parlamentsplenum besprochen werden, durch eine Kommission des Parlaments vorberaten und inhaltlich diskutiert werden, legte man der Einfachheit halber, das heisst der pragmatischen Funktion zuliebe, in der Stadtverfassung, aber auch vor allem in Art. 20 der Geschäftsordnung fest, dass, wenn es keine andere Kommission gibt, die das Geschäft inhaltlich vorbereitet, es dann eben die GPK macht. Und Art. 20 sagt dazu auch, dass, wenn es für die inhaltliche Vorbereitung eine andere Kommission des Stadtrats gibt, die es inhaltlich vorbereitet, so macht es dann eben diese Kommission. Der langen Rede kurzer Sinn: Wenn es nur darum geht, dass die GPK am Schluss die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts prüfen kann, dann steht dem überhaupt nichts entgegen, da sie dies im Rahmen ihrer Oberaufsichtsfunktion macht. Aber was bringt es dem Parlament, wenn zwei Kommissionen inhaltlich vorberaten?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

Das ist das, was nicht wir erfanden, sondern diejenigen, die seinerzeit für die Formulierungen vom Art. 20, Abs. 3 der Geschäftsordnung sorgten. Wenn von dem her diese Bestimmung gestrichen wird, dann nimmt mich Wunder, was ihr damit genau erreicht seht. Sandro, Du musst antworten, weil ich dir diese Frage stelle.

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Uns ging es um Art.28, Abs. 2 und Abs. 3 hinsichtlich der Aufgaben der GPK. Wenn ich als nicht ständige Kommission diese Geschäftsordnung überarbeite und vorbereite, sehe ich doch als Mitwirkender nicht, ob das richtig ist oder nicht, sodass es hier doch noch eine zweite Instanz braucht, die das prüfen kann und prüfen muss.

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Du sprichst damit die Prüfung der formellen Richtigkeiten an. Ja, eben, das sagten wir ja vorher, dass nicht das das Problem ist. Hier steht "anstelle, berät vor". Das ist ein technischer Begriff "berät vor" und umschreibt die inhaltliche Vorbereitung. In Klammern gesetzt bin ich jetzt kurz einfach schnell noch ein bisschen pragmatisch. Es gibt ja unendlich viele Juristinnen und Juristen in diesem Rat. Und auch diese Juristinnen und Juristen, wie auch die übrigen 30+ Mitglieder sind auf die Beratschlagung durch das Sekretariat angewiesen. Und das Sekretariat dieser Kommission erfolgt in Personalunion von derselben Person, wie auch das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission, wie es eben in der Geschäftsordnung vorgesehen ist. Und weil es ein bisschen schwierig ist, als gleiche Person – je nachdem, in welchem Gremium man sitzt – einen unterschiedlichen Hut anzuziehen, wird es wahrscheinlich auf dieser Ebene nicht allzu viel Input geben. Möglicherweise schon, was ich nicht ausschliessen will, aber ich möchte einfach daran erinnern, dass mir vor allem daran gelegen ist darzulegen, warum man irgendwann einmal vor etwa fünf Jahren hier zum Schluss kam, warum man den Hut des Sekretärs des Gemeinderates und den Hut des Sekretärs des Stadtrates nicht gleichzeitig tragen kann. Und dass es auch nicht geht, wenn jemand, der für die Exekutive arbeitet, gleichzeitig auch für die Legislative das Sekretariat übernimmt, was immer zu Problemen führt. Das, was wir auf der formellen Ebene jetzt hier miteinander diskutieren, ist, wenn wir ehrlich sind, eine akademische Diskussion, die bescheidene und pragmatische Auswirkungen in der Praxis haben wird. Von dem her gesehen können wir die Diskussion sehr gerne führen, aber sie ist eigentlich "l'art pour l'art" und sie schafft bei einer Streichung dann wieder Probleme für diejenigen, die in ein paar Jahren überlegen müssen, was jetzt mit dieser Streichung gemeint war, denn die werden dann immer noch die gleiche Geschäftsordnung lesen und dort den Punkt sehen. Also von dem her gesehen hält das Büro an seiner ursprünglichen Formulierung fest.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, die sich äussern wollen? Franziska Zaugg-Streuli (FDP/jll/L49).

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die FDP/jll/L49 hält am vorliegenden Beschlussesentwurf fest. Es ist sinnvoll, dass die vorbereitende Kommission Geschäft direkt in den Stadtrat einbringen kann, ohne dass sie vorher zwingend von der GPK geprüft werden müssen. Damit entlasten wir die GPK, die oft nur ein paar Tage Zeit hat, um umfangreiche und komplexe Akten zu prüfen. Insbesondere bei gesetzlichen Anpassungen ist das eigentlich schlicht zu knapp. Die vorbereitende nicht ständige Kommission arbeitet sich vertieft in die Geschäfte ein und sie verfügt also über das notwendige Wissen, um ein Geschäft inhaltlich fundiert an den Stadtrat weiterzuleiten. So schaffen wir klare Zuständigkeiten, vermeiden Doppelspurigkeiten und stärken die Effizienz unserer parlamentarischen Arbeit. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher?

Stadträtin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, auch die SVP-Fraktion wird mehrheitlich dem Antrag nicht zustimmen, sondern am Antrag des Stadtratsbüro festhalten. Also ich meine, ihr hörtet ja selbst den GPK-Sprecher. Ihr wisst, ich bin auch in der GPK. Er erklärte ausführlich, wie lange wir dieses Thema behandelten, sodass es mich jetzt ein bisschen eine Zwängerei dünkt, gerade auch dann, wenn wir uns noch Art. 20 der GO anschauen. Da ist es klar definiert, sodass ich empfehle, den Antrag einfach zurückzuziehen. Merci.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Pascal Dietrich (FDP/jll/L49).

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die GPK konnte den Antrag natürlich nicht im Gremium beraten, darum kann ich nicht als GPK-Sprecher dazu Stellung nehmen. Aber als Mitglied der GPK möchte ich als Einzelsprecher doch einmal darauf hinweisen, dass mir in der Begründung nicht klar ist, was Art. 28 eigentlich damit zu tun hat? Der hat nach meiner Beurteilung eigentlich mit dem nicht direkt etwas zu tun, sondern es geht vielmehr um Art. 20, wie ich bereits als GPK-Sprecher darauf hinwies. Dort ist ganz klar vorgesehen, dass man eine weitere parlamentarische Kommission einsetzen kann, die eben die Vorberatung übernimmt und damit, so verstehe ich es, eine inhaltliche Beratung gemeint ist, wenn es nachher noch um eine formelle Überprüfung geht, ob alles korrekt ist.

Wenn nun die eingesetzte Kommission einen Beschlussesentwurf vorlegen würde, in dem stehen würde, dass das Feuerwehrkommando das oder jenes machen sollte, dann hätten wir uns in der GPK immer noch dafür zu sagen, dass hier irgendetwas nicht in Ordnung ist und wir es zum Beispiel an die Kommission zurückweisen. Dies würde nach meinem Verständnis nicht ausgeschlossen sein und darum ist der Antrag von mir aus gesehen nicht nötig und ich bitte ihn abzulehnen.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Pascal Dietrich. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Antragsteller noch einmal das Wort? Nein. In dem Fall kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag zu Ziff. III den Vorrang gibt vor dem Antrag des Stadtbüros, zeigt das mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SP/GL-Fraktion in Ziff. III

10 Ja

25 Nein abgelehnt

1 Enthaltung

Zu Ziff. IV, dem Vollzugsantrag, gingen beim Stadtratsbüro keine Anträge ein. Dort stehen jedoch die Namen der Leute, die wir gerade wählen würden. Ich würde die Fraktionen nun jeweils bitten, kurz zwei Personen zu nennen, die sie vorschlagen. Ihr müsst sie nicht vorstellen, sie sind auch Stadträtinnen oder Stadträte und wir kennen sie ja bereits. Jan Herzig (SVP.) meldet sich zu Wort.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Merci, werter Stadtratspräsident und liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schlagen Corinna Grossenbacher und Michael Schenk vor.

Stadtrat Robert Kummer (FDP): Die FDP/jll/L49-Fraktion schlägt Franziska Zaugg-Streuli und Diego Clavatscher vor. Merci.

Stadtrat Michael Sigrist (EVP): Unsere Fraktion, schlägt den Stadtratspräsidenten, Fabian Fankhauser, vor.

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Wir schlagen Linus Rothacher und Georg Cap vor.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Wortmeldungen zu Ziff. IV? Falls nicht, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wir würden über den Gesamtantrag – alle Änderungsanträge wurden ja abgelehnt – so wie Ihr ihn in den Akten saht sowie mit den Namen der soeben vorgeschlagenen Stadratsmitgliedern in Globo abstimmen. Stimmt das für alle? Wir blenden die Namen jetzt gleich noch ein, so wie die Personen soeben zur Wahl vorgeschlagen wurden. Ich erkläre die Beratung für geschlossen. Hat der Gemeinderat noch eine konsolidierte Meinung und wünscht das Wort zu diesem Geschäft? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht das Stadtratsbüro noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall.

In dem Fall kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Stadtratsbüros gemäss Beschlussesentwurf Ziff. I 1 bis Ziff. IV zustimmen will, zeigt das bitte mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.



III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 6 Enthaltung:

- I. Der Stadtrat setzt eine nicht ständige Kommission bestehend aus 7 Mitgliedern ein mit dem Auftrag, die Arbeiten für die bevorstehenden Revisionen der Geschäftsordnung zu begleiten, zu koordinieren und vorzubereiten sowie dem Stadtrat dazu Antrag zu stellen. Unter Entlastung des Büros wird ihr somit der mit Beschluss des Stadtrats vom 12. Mai 2025 an das Stadtratsbüro erteilte Auftrag übertragen.
- II. Die nicht ständige Kommission kann gegebenenfalls – gestützt auf zusätzliche Stadtratsbeschlüsse – weitere Aufgaben im Bereich der Begleitung resp. Vorbereitung von Gesetzgebungsarbeiten (als Vertretung des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung) übernehmen.
- III. Die Kommission hat im Einzelnen die folgenden Pflichten und Rechte:
 - Im Rahmen ihres Aufgabenbereichs berät sie die Vorlagen an den Stadtrat anstelle der Geschäftsprüfungskommission vor.
 - Sie stellt die Verbindung zu den stadträtlichen Fraktionen sicher und trägt dadurch zur Konsolidierung von Vorlagen zuhanden des Stadtrats bei.
 - Sie hat im Bereich ihres Aufgabengebiets Antragsrecht an den Stadtrat und vertritt diesen anstelle des Stadtratsbüros gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung.
 - Sie konstituiert sich selbst und verfügt über die Rechte und Pflichten stadträtlicher Kommissionen gemäss Stadtverfassung und Geschäftsordnung des Stadtrats.
 - Ihr Sekretariat wird vom Stadtratssekretariat geführt.

IV. Die Kommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern des Stadtrats zusammen:

Linus Rothacher (SP/GL)

Georg Cap (SP/GL)

Franziska Zaugg-Streuli (FDP/jll/L49)

Diego Clavadetscher (FDP/jll/L49)

Corinna Grossenbacher (SVP)

Michael Schenk (SVP)

Fabian Fankhauser (GLP/EVP)

V. Das Büro des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



4. **Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (glp), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022: Ausgabenreduktion beim Aufwand für "externe Experten" in den Jahren 2023-2026: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Es folgt Traktandum Nr. 4: Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (glp), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022; Ausgabenreduktion beim Aufwand für "externe Experten" in den Jahren 2023-2026; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Die Berichterstattung des Gemeinderates übernimmt Gemeinderat Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen. Nein, er wünscht das Wort nicht und auch von der GPK ist keine Berichterstattung vorgesehen. Will der Sprecher oder die Sprecherin der Motion etwas sagen? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, die etwas sagen wollen? Einzelsprecher?

Somit wäre die Beratung geschlossen. Wünscht die Motionärin noch ein Schlusswort? Nein. Gut, dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen kann und somit die Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2027 für die Umsetzung der Motion genehmigen will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Die Fristverlängerung bis 31. Dezember 2027 für die Umsetzung der Motion Lerch Martin (SVP), Barben Stefanie (FDP), Häfliger Dyami (glp), Sigrist Michael (EVP), Clavadetscher Diego (FDP), Grossenbacher Corinna (SVP), Kummer Robert (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Fluri Patrick (SVP) und ein Mitunterzeichnender vom 21. Februar 2022: Ausgabenreduktion beim Aufwand für "externe Experten" in den Jahren 2023-2026 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



5. **Motion der SP/GL-Fraktion vom 5. Februar 2024: Die Schulraumstrategie ist zu überarbeiten und eine breite Vernehmlassung und Genehmigung vorzunehmen (an der Stadtratssitzung vom 29. April 2024 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt): Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir machen mit Traktandum Nr. 5 weiter. Dabei geht es um Motion der SP/GL-Fraktion vom 5. Februar 2024: Die Schulraumstrategie ist zu überarbeiten und eine breite Vernehmlassung und Genehmigung vorzunehmen (an der Stadtratssitzung vom 29. April 2024 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und für erheblich erklärt); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt es keine. Von der GPK gibt es auch keine. Wünscht die Sprecherin oder der Sprecher der Motion das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Wünscht die Fraktion das Wort? Dann Weber (SP/GL).

Stadtrat Dan Weber (SP): Guten Abend zusammen, lieber Fabian, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die Schulraumstrategie ist für die SP/GL-Fraktion ein zentrales Instrument, um langfristig genügend und geeigneten Bildungsraum sicherstellen zu können. Sie schafft Planungs- und Handlungssicherheit für die Stadt, die Schulen und natürlich auch für die Familien. Wir anerkennen den grossen Einsatz aller beteiligten Personen und insbesondere auch die Arbeit, die in den Planungsworkshops geleistet und in denen konstruktiv und gemeinsam Lösungen erarbeitet wurden. Wichtig ist uns dabei auch, dass die Bevölkerung, die sich in diesen Workshops engagierte und einbrachte, nicht zu lange auf Ergebnisse und Informationen über die nächsten Schritte gedulden muss. Dass die Arbeit komplex ist und mehr Zeit beansprucht, ist für uns nachvollziehbar. Entscheidend ist jetzt, dass der Prozess konsequent weitergeführt und transparent kommuniziert wird. Unsere Fraktion unterstützt daher die beantragte Fristverlängerung, verbindet sie aber doch mit der Erwartung, dass die Schulraumplanung mit Priorität vorangetrieben wird, denn sie ist die Grundlage für eine verlässliche und vor allem zukunftsorientierte Bildungspolitik in Langenthal. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci Dan Weber, Gibt es weitere Wortmeldungen? Falls nicht, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Die Motionärin hat noch das Schlusswort. Das scheint auch nicht der Fall zu sein und wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 zustimmen will und die Fristverlängerung bis zum 30. November 2026, genehmigen will, zeigt das mit der Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

1. Die Fristverlängerung bis 30. November 2026 für die Umsetzung der Motion der SP/GL Fraktion vom 5. Februar 2024: Die Schulraumstrategie ist zu überarbeiten und eine breite Vernehmlassung und Genehmigung vorzunehmen wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



6. **Motion der SP/GL-Fraktion vom 5. Februar 2024: Bericht über den Zustand der Volksschulinfrastruktur (an der Stadtratssitzung vom 29. April 2024 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt): Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen direkt zum Traktandum Nr. 6 mit der Motion der SP/GL-Fraktion vom 5. Februar 2024: Bericht über den Zustand der Volksschulinfrastruktur (an der Stadtratssitzung vom 29. April 2024 als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Das Eintreten ist wiederum zwingend und wir kommen in die Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates wie auch von der GPK liegt keine vor. Darf ich um ein Fraktionswort bitten?

Stadtrat Sandro Baumgartner (SP): Ich rede jetzt ein letztes Mal, versprochen. Auch hier danke ich, dass viele Leute daran arbeiten. Danke an den Gemeinderat, dass er sich auch die Zeit nimmt, hier die ganze Schulinfrastruktur anzuschauen. Aber auch hier gilt, dass es um unsere Kinder, und somit um unsere Zukunft geht. Wir sind einfach wahnsinnig dankbar, wenn das vorwärtsgeht und man hier einen Bericht bekommt. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Sandro Baumgartner. Wünscht jemand ein weiteres Fraktionswort? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es ein Schlusswort von den Motionärinnen und Motionären? Auch nicht. Dann kommen wir auch hier direkt zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Gemeinderats gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 und somit der Fristverlängerung bis 30. November 2026 zur Umsetzung der Motion zustimmen will, zeigt es mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Die Fristverlängerung bis 30. November 2026 für die Umsetzung der Motion der SP/GL Fraktion vom 5. Februar 2024: Bericht über den Zustand der Volksschulinfrastruktur wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



7. **Postulat (gewandelte Motion) der FDP/jll-Fraktion, Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung und Überführung in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir machen weiter mit dem Traktandum Nr. 7: Postulat (gewandelte Motion) der FDP/jll-Fraktion, Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023; Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung und Überführung. Auch hier ist das Eintreten zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Vor der GPK liegt auch keine Berichterstattung vor. Darf ich der Sprecherin oder dem Sprecher der Motion das Wort übergeben? Pascal Dietrich (FDP/jll/L49).

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lasen den 26-seitigen Bericht des Gemeinderates durch und fanden darin viel Interessantes. Vielen Dank dafür. Es ist sicher so, dass sich unsere Fraktion und Patrick Freudiger ursprünglich etwas anderes vorstellten; das heisst, wir hätten gerne bevorzugt, wenn das schneller und genauer in eine Richtung vorwärtsgeht. Wir mussten dann aber auch einsehen – Ihr erinnert Euch an die damalige Stadtratssitzung, dass unser Begehren trotzdem nicht mehrheitsfähig ist, sodass wir die Motion in ein Postulat wandelten und so auch überwiesen wurde. Unter diesen Umständen müssen wir in dem Sinn auch mit dem zufrieden sein, was bis jetzt passiert ist. Das ist das, was politisch möglich ist, und wir hoffen einfach, dass das nicht jetzt irgendwie versandet, sondern dass das wirklich weitergeführt wird und dass dann im Jahr 2026 eine solche nicht ständige Kommission eingesetzt wird und die dann daraufhin arbeitet, dass eben dann wirklich die Situation verbessert wird, damit das Stadttheater ausgegliedert werden kann, aber nicht irgendwie, dass man dort jetzt nicht schon wieder das Ziel hätte, eine AG zu machen, sondern dass vielleicht trotzdem noch die Vorteile einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt erkannt werden, was wir dannzumal mit der Motion aufzuzeigen versuchten und man in diese Richtung gehen könnte. Zusammenfassend danke ich dem Gemeinderat und wir geben einfach mit auf den Weg, dass dies weiter behandelt wird, damit es nicht versandet. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Pascal Dietrich. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Nathalie Scheibli (SP/GL).

Stadträtin Nathalie Scheibli (SP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich danke für den langen Bericht. Er zeigte vor allem den geschichtlichen Werdegang dieses Geschäfts auf, der ja doch schon bald gegen 15 Jahre andauert. Ich kann mich erinnern, dass ich einmal in einer Arbeitsgruppe war – früher machte man noch Arbeitsgruppen – und das dann dies auch ausreichte. Deshalb, Pascal, hoffe ich, dass dann vielleicht auch bei der Weiterbearbeitung eine Arbeitsgruppe reichen wird. Ich bin froh, dass man nicht Gas gibt, weil ich doch das Gefühl habe, dass unsere neue Co-Leitung des Stadttheaters Zeit braucht, sich einzuarbeiten. Sie haben noch keine ganze Saison hinter sich, seit sie für die Leitung zuständig sind, und ich bin froh, wenn man sie fest miteinbindet, sollen sie doch Erfahrungen sammeln können, wo es wirklich Veränderungen braucht und wo diese Ausgliederung vielleicht bessere Vorteile mit sich bringt und wo vielleicht auch nicht. Auch ganz wichtig ist, dass die Kulturkommission immer wieder in Kenntnis gesetzt wird, wo das Projekt steht und natürlich auch wir hier im Stadtrat, so dass wir frühzeitig die Diskussion zu diesem Geschäft führen können. Ich bin aber auch froh, dass es dann nicht bis zur Pensionierung der beiden Theaterleitenden geht, bis wir wieder über das Geschäft reden werden, sodass irgendein guter Zeithorizont wünschenswert wäre. Was ich mir auch sehr wünsche, ist, dass wir hier im Rat dieser neuen Co-Leitung auch wirklich Wertschätzung entgegenbringen und ihnen vertrauen, dass sie das Theater pflichtbewusst führen und ihnen nicht noch Steine in den Weg legen. Wir führten etliche Budgetdebatten, die eher ein bisschen unschön waren. Geben wir diesen beiden eine Chance, das Theater gut zu führen. Es ist übrigens erfreulich, dass die Vorstellung der Zauberflöte von nächstem Freitag ausverkauft ist. Danke für die Aufmerksamkeit.



Stadtrat Michael Schenk (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte alle Anwesende, die SVP-Fraktion unterstützt das Vorgehen. Man kann sagen, Vorhang auf zum XY-Mal, wenn ihr last. Aber ich denke, dass es nichts schadet, wenn wir dann noch einmal eine Zusatzschleife nehmen müssen und das nochmals diskutieren. Ich denke, dass seitdem man das einmal startete, schon viel Wasser die Langeten hinabfloss und es änderte sich doch das eine oder andere ein bisschen. Wir diskutierten zuerst noch, ob wir das Postulat jetzt schon abschreiben können, waren dann auch der Meinung, dass man es so machen kann, weil es sich ja um ein Postulat handelt und der Gemeinderat bereits Willen zeigt, hier etwas zu machen. Und ich hoffe auch, dass dies zu gegebener Zeit passiert. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Murielle Schärer (GLP/EVP).

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Geschätzte Anwesende, "hier ist einfach der Knüppel drin". Diese Aussage fiel an unserer letzten Fraktionssitzung und das Ganze trifft auch vollkommen zu. Dieser Knüppel zog sich über all die Jahre immer wie fester zusammen und man weiss gar nicht mehr, wo der Anfang und wo das Ende sind. Einfach so am "Fädeli" zu ziehen, damit es sich dann löst, geht auch nicht mehr wirklich. Wir von der GLP kamen deshalb zum Schluss, dass man einfach einmal irgendwo anfangen und weitermachen muss, aber vorsichtig und mit Bedacht, damit man nicht noch mehr ein Durcheinander bewirkt. Eine Ausgliederung des Stadttheaters scheint einfach eine zu grosse Sache zu sein. Deshalb gehen wir doch das Thema als erstes Mal an, das am meisten brennt. Nach mir ist das das Thema der Finanzierung. Der Stadtrat wünscht sich mehr Einflussnahme, vor allem zu einem früheren Zeitpunkt, wo man eben noch Einfluss nehmen kann, und das Stadttheater selber muss alle Jahre immer wieder um das Budget bangen; zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich sehr viel schon klar sein soll. Das ist für alle Seiten sehr unbefriedigend. Deshalb kam uns die Idee, dass man für das Stadttheater eine Sonderrechnung inklusive Spezialfinanzierung einführen könnte. Mit einem Reglement, das es dafür braucht, hätte der Stadtrat die Möglichkeit, gewisse Leitplanken zu setzen und das Stadttheater würde eine gewisse Flexibilität erhalten, weil stärkere Saisons auch mal schwächere aufkommen könnten. Bei alldem würde das Theater vorläufig immer noch Teil der Stadtverwaltung bleiben. Man könnte es fast ein bisschen als eine Art Testlauf anschauen und die Ausgliederung wäre dabei dann immer noch möglich.

Deshalb werden wir von der GLP heute eine Motion einreichen, die verlangt, dass ein Reglement erlassen wird, das die Organisation und die Finanzierung mit Sonderrechnung inklusive der Spezialfinanzierung des Stadttheaters zum Inhalt hat. Die Idee ist erst in den vergangenen Tagen entstanden, wahrscheinlich sagt es den Meisten von Euch nichts, aber wir trafen Abklärungen, wonach das auch rechtlich möglich wäre. Als Beispiel dafür wurde der Tierpark Bern genannt, der eben genau so organisiert ist. Wir werden Euch von den anderen Parteien jetzt dann gleich mit dem Motionstext bedienen, damit Ihr Euch schon einmal ein bisschen Gedanken dazu machen könnt. Wir sind dabei zuversichtlich, dass wir diesen Knüppel vielleicht mit dem ersten kleinen Schritt lösen könnten und wir danken schon jetzt allen, die dabei mithelfen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Murielle Schärer. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Pascal Dietrich, (L49).

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, ich muss mich noch einmal schnell als Einzelsprecher melden, finde ich doch eigentlich spannend, was ich nun hörte. Zuerst zu Natalie Scheibli, das sagtest Du richtig und ich hätte es vorhin tatsächlich auch noch sagen können; wir haben wirklich einen guten Eindruck der neuen Co-Leitung des Stadttheaters. Wenn man das Programm anschaut, dann bin ich wirklich optimistisch, dass die Zahlen in dieser Saison jetzt besser aussehen werden. Da haben wir Freude daran, das kann ich sagen und man muss dieser Co-Leitung jetzt von dem her auch sicheren Kredit und ein bisschen Zeit geben, um das Stadttheater wieder ein bisschen näher zu den Leuten zu bringen. Das heisst aber nicht, dass damit eine Ausgliederung vom Tisch wäre, denn das war ja genau unser Ziel, mit der Ausgliederung eben überhaupt nicht irgendwie ein Knebel zwischen die Beine zu werfen, sondern dadurch zu ermöglichen, dass man auf der einen Seite eine bessere Planungssicherheit für das Stadttheater bekommt, und wir auf der anderen Seite auch weniger Ärger haben, indem es eigentlich schon zu spät ist, wenn wir über das Budget reden und wir gar nichts mehr korrigieren können. Das war genau unser Ziel und jetzt hören wir spannenderweise von dieser Idee der GLP, die wir



uns sicher anschauen müssen. Auf den ersten Blick würde ich sagen, wäre das nicht weiter entfernt von einer selbstständigen, öffentlich-rechtlichen Anstalt, also einem sogenannten Gemeindeunternehmen, das nach meiner persönlichen Meinung eben noch das Beste wäre. Wir werden jetzt sicher die Modelle vergleichen und schauen, müssen wo die Vor- und Nachteile liegen. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Pascal Dietrich. Gibt es weitere Einzelsprechende, die das Wort wünschen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit erkläre ich die Beratung für die geschlossen. Wünsch die Vertretung der Motionärinnen noch einmal das Wort? Das ist auch nicht der Fall, sodass wir zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. 1 und Ziff. 2 und somit der Abschreibung des Postulats zustimmen will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) der FDP/JLL-Fraktion, von Stadtrat Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnenden vom 26. Juni 2023: "Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung und Überführung in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



8. Vergabe des externen Revisionsmandates (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2026: Auftragserteilung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zum Traktandum Nr. 8 mit der Vergabe des externen Revisionsmandates (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2026: Auftragserteilung. Ist das Eintreten bestritten? Das Eintreten ist nicht bestritten und wir machen mit der Beratung weiter.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission an den Stadtrat liegen in schriftlicher Form vor. Die Berichterstattung der GPK hat die Präsidentin der GPK, Corinna Grossenbacher (SVP).

Stadträtin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ja, es geht mal wieder um die Vergabe des externen Revisionsmandats und Ihr konntet in den Unterlagen viel dazu lesen. Wie Ihr wisst, vergibt der Stadtrat gemäss Art. 10 sowie Art. 62, Abs. 1, Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission den jährlichen Auftrag für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt Langental an eine verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle. Dieses externe Revisionsmandat wird seit dem Jahr 2019 durch die PriceWaterhouseCoopers AG durchgeführt und auch für das Jahr 2025 beantragt die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat noch einmal der PriceWaterhouseCoopers AG den Auftrag zu geben. Ihr konntet darüber lesen, dass dies zu Diskussionen führte. Aus der Submissionspflicht ergab sich unter anderem, dass die Gemeinden einen Dienstleistungsauftrag nur dann frei vergeben können, wenn der geschätzte Auftragswert unterhalb des sogenannten Schwellenwertes von Fr. 150'000.00 exklusive Mehrwertsteuer liegt. Dieser Sachverhalt ist hier definitiv gegeben, da der jährliche, ich betone, der jährliche Auftragswert deutlich darunter liegt. Bei einer mehrmals aufeinanderfolgenden Vergabe des Mandats an denselben Anbieter stellt sich jedoch die Frage nach der Ausschreibungspflicht, wenn der Schwellenwert durch die jährlichen Aufträge insgesamt überschritten wird. Ich erwähnte es, dass die PriceWaterhouseCoopers AG seit dem Jahr 2019 im Revisionsmandat tätig ist. Somit wird eigentlich dieser Schwellenwert überschritten und das Mandat müsste streng genommen neu ausgeschrieben werden. Wir diskutierten und besprachen das in der GPK wirklich lang und breit, insbesondere auch mit unserer Stadtratssekretärin und GPK-Sekretärin. Und basierend auf der Tatsache, dass der jährliche Beitrag wirklich deutlich unter dem Schwellenwert liegt, kann der Auftrag durchaus nochmals an die gleiche Revisionsstelle vergeben werden.

Eigentlich plante die GPK, dieses Jahr auszuschreiben und den Auftrag wirklich zu evaluieren. Die hier anwesenden GPK-Mitglieder wissen das. Und trotzdem beschloss die GPK am 28. April 2025 das Mandat noch einmal an die PWC zu vergeben; und dies aus folgenden Gründen: Das Sekretariat des Stadtrats und der GPK wurde zum Zeitpunkt des Entscheides gerade neu in einem befristeten Mandatsverhältnis besetzt. Die Stelle des Leiters des Finanzamts war zum Zeitpunkt des Entscheidens noch nicht besetzt und vom Finanzamt wurde uns signalisiert, dass man sich unter diesen Voraussetzungen ein Stückchen Kontinuität bei der Rechnungsrevision wünschte. Diesem Wunsch wollten wir seitens der GPK nachkommen. Ebenso wurde der Punkt Schwellenwertüberschreitung in der GPK gemeinsam diskutiert und wir kamen dabei zum Entschluss, dass wir es dieses Jahr noch einmal in gleicher Form vergeben können, aber im nächsten Jahr gleich zu Jahresbeginn definitiv neu evaluieren werden. Somit möchte ich Euch im Namen der Geschäftsprüfungskommission bitten, dem Antrag der GPK zu folgen und der PWC AG noch einmal den Auftrag zu übergeben.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Corinna. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Daniel Huber (SVP).

Stadtrat Daniel Huber (SVP): Werter Präsident, werte Anwesende, "Best Practice" ist, dass aufgrund von Unabhängigkeits- und Governance-Überlegungen die Revisionsstelle von Zeit zu Zeit wechselt. Vor diesem Hintergrund und auch wie erwähnt aufgrund von internen Reglementen hätte man eigentlich das Mandat dieses Jahres neu ausschreiben müssen. Dazu besteht jedoch keine rechtliche Verpflichtung, sondern es wäre einfach



"Best Practice". Aufgrund der Vakanzen, der Neubesetzung der Amtsleitung und der resultierenden Ressourcenengpässe verzichtete man dieses Jahr auf eine Ausschreibung. In der Flut der Aufgaben, die liegen bleibt, wenn eine Stelle vakant ist, ist das pragmatisch und nachvollziehbar. Es ist pragmatisch und nachvollziehbar, dass nicht neu ausgeschrieben wird. Man hat hier priorisiert, was bei knappen Ressourcen ja oft verlangt wird. Die Stadt verliert dabei nichts, wenn bei knappen Ressourcen die Ressourcen so eingesetzt werden, dass man die wichtigen Aufgaben angehen kann. Der Vergabe der Rechnungsprüfung an die PWC analog zu den vergangenen Jahren mit dem gewohnten Personal kann darum zugestimmt werden. Wir stimmen dem als SVP-Fraktion zu. Schliesslich möchte ich die Gelegenheit noch nutzen, dem neuen Amtsleiter Léon Metz einen guten Start und ein erfolgreiches Arbeiten zu wünschen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, Daniel Huber. Ich glaube, dem Wunsch können wir uns alle anschliessen. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 3 zustimmen will, zeigt es mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

- 1. Die PricewaterhouseCoopers AG, Bern, erhält den Auftrag als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2026 der Stadt Langenthal, nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und mit dem offerierten Kostendach von Fr. 34'000.00 (exkl. MWST und Barauslagen).**
- 2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



9. **Motion Saima Linnea Sägesser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Mediterrane Nächte im Sommer durchgehend ermöglichen!: Stellungnahme**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 9 mit der Stellungnahme zur Motion von Saima Linnea Sägesser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Mediterrane Nächte im Sommer durchgehend ermöglichen! Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt es keine, weil wir eine schriftliche Beantwortung haben. Auch von der GPK liegt auch keine Berichterstattung vor. darf ich die Sprecherin für die Motion das Wort erteilen?

Stadträtin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals. Mit dieser Motion wollte ich auf die erste Motion aufbauen, die vor ein paar Jahren von Beat Hasler und Kollegen eingereicht wurde. Das heisst, die mediterranen Nächte, die wir bis jetzt in Langenthal kennen, erweitern und im besten Fall über den ganzen Sommer ermöglichen. Dies mit dem Ziel, um in den wirklich heissen Nächten, die ja mittlerweile gang und gäbe sind und der Klimawandel deshalb nicht mehr zu leugnen ist, den öffentlichen Raum in Sinn der Aussenterrassen der Beizen zu nutzen und dadurch auch die Bürokratie zu verringern, die natürlich jedes Mal anfällt, wenn man eines dieser Wochenenden beantragen muss. Es unterschrieben auch ganz Viele von Euch diese Motion. Merci vielmals an dieser Stelle für das Interesse an dem Thema und auch die Unterstützung des Anliegens.

Jetzt ist es so, dass es offenbar trotzdem nicht in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, an diesen mediterranen Nächten zu schrauben. So wie das dannzumal zustande kam, gelangte man an das Regierungstadthalteramt, wonach dann die mediterranen Nächte im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung hätten so umgesetzt können. Mir, oder auch meinen Fraktionskollegen, die zum Thema recherchierten, wurde gesagt, dass die Gesetzgebung mit zwölf Einzelbewilligungen in diesem Rahmen bereits ausgeschöpft ist. Und gleichzeitig macht Langenthal auch hier wieder eine Ausnahme und weitet diese Gesetzgebung aus, handelt es sich nämlich nicht um zwölf Einzelnächte, sondern um zwölf Wochenende. Das heisst, offenbar besitzt solch eine Gesetzgebung gleichwohl Spielraum, sodass man vielleicht etwas mehr machen könnte. Jedoch zeigte es sich in der Beantwortung des Gemeinderates, dass hier kein Interesse dazu besteht.

Es wäre doch schön, wenn die Ausnahme, die man hier mit den zwölf Einzelbewilligungen machte, auch für andere Veranstaltungen zu Regel werden könnte, sodass man nicht für jeden Abend eine Einzelbewilligung beantragen müsste, sondern für das ganze Wochenende gelten würde. Davon sicher auch gerne andere profitieren, wenn man schon solche Ausnahmen bewilligen würde. Nun sind wir tatsächlich in dieser Situation, dass sich zeigen muss, ob wir diese mediterranen Nächte in Zukunft überhaupt noch haben können. Ihr habt vielleicht davon gehört, dass der Gastroveerein mit der Besetzung ein bisschen Schwierigkeiten hat und es dies vielleicht gar nicht mehr geben wird. Bis jetzt konnte der Gastroveerein ja die Bewilligung für die mediterranen Nächte in Globo für alle Mitglieder des Vereins stellen; das heisst, dass einfach jemand den Antrag stellte, der dann bewilligt wurde. In Zukunft wird es aber vielleicht darauf hinauslaufen – falls es keinen Verein mehr gibt, dass dann trotzdem jede Beiz selber einen Antrag stellen muss und dies zu einem Wildwuchs bei den mediterranen Nächten führt, sodass alle ein bisschen machen, wie sie wollen. Genau das wollte ich eben eigentlich verhindern wollen, indem die Bürokratie verringern wird, jetzt aber vielleicht ein bisschen mehr wird. Auf jeden Fall muss hier eine Lösung gefunden werden, dass die mediterranen Nächte im bisherigen Umfang von diesen zwölf Wochenenden nicht verloren gehen und man dort einfache, unbürokratische Wege findet, diese zu bewilligen., dabei aber auch für uns Beizenbesucher:innen sinnvoll und kommunizierbar sind und wir dabei leicht an die Informationen gelangen, wann die mediterranen Nächte tatsächlich stattfinden.

Und ja, ich mache mir Sorgen um das Langenthaler Nachtleben. Offenbar kann man jetzt hier bei den mediterranen Nächten nicht mehr machen. Auf Anraten meiner Fraktion werde ich nun den Vorstoss zurückziehen und heute nicht zur Abstimmung bringen. Fest steht aber, dass wir unbedingt darauf schauen müssen, wo wir ei-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

gentlich mit den Öffnungszeiten stehen, da sie in Langenthal gegenüber anderen Städten restriktiver gehandhabt werden. Vielleicht muss man dem einmal darauf nachgehen, um das Nachtleben zu fördern. Klar ist auch, das Beizensterben leider weitergeht und man immer wieder Gerüchte hört, dass Beizen zugehen wollen. Dabei bleiben die Nächte aber heiss und es wäre schön, wenn wir an den mediterranen Nächten festhalten könnten, um das Nachtleben weiterhin zu fördern und für alle attraktiv gestalten zu können.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci für Dein Votum, Saima Sägesser. Ihr hörtet es soeben, dass die Motion zurückgezogen wird. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen und es gibt auch keine Abstimmung.



10. **Motion Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Patrick Jaeggi (SVP), Janina Heiniger (EVP), Gerhard Käser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Alarmierungssystem an der Volksschule Langenthal: Stellungnahme**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen nun direkt zum Traktandum Nr. 10: Motion Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Patrick Jaeggi (SVP), Janina Heiniger (EVP), Gerhard Käser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025; Alarmierungssystem an der Volksschule Langenthal: Stellungnahme. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Für die GPK gibt es auch keine Berichterstattung. Ich darf der Sprecherin oder dem Sprecher der Motion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP/jll/L49), das Wort übergeben.

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Sehr geehrter Stadtratspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle wünschen uns sichere Schulen; Orte, wo die Kinder und die Lehrpersonen geschützt sind und sich auf das Lernen konzentrieren können. Doch Sicherheit entsteht nicht von selber. Sie verlangt vorausschauendes Handeln und klare Strukturen, besonders in Notfallsituationen. Genau darum geht es in dieser Motion. Heute verfügen unsere Schulzentren über ein bisschen spezielle Alarmierungssysteme. Die einzige Möglichkeit, Alarm auszulösen, ist das Dauerläuten der Schulglocke; ein Signal, das man mancherorts nicht überall hört und ausschliesslich für Brandfälle vorgesehen ist. In anderen Szenarien, etwa bei einer Bedrohungslage, kann das Signal im schlimmsten Fall zu gefährlichem Verhalten führen. Ein modernes Alarmierungssystem ist heute kein Luxus und keine Grossstadtlösung, sondern ein notwendiger Bestandteil der schulischen Sicherheitsarchitektur, auch in einer Stadt wie Langenthal. Wir reden nicht von Panikmachen, sondern von Verantwortung, dass im Ernstfall jede Sekunde zählt und dass die Lehrpersonen, die Schüler und die Schülerinnen wissen, wie sie richtig reagieren können. Dass eine Umsetzung machbar und finanziell tragbar ist, zeigt das Beispiel der Schule Lotzwil. Dort wurde in einem älteren Schulgebäude ein Alarmierungssystem via WLAN für rund Fr. 18'000.00 installiert. Dieser Betrag ist im Verhältnis zu den gewonnenen Sicherheitsvorteilen eindeutig überschaubar. Es zeigt, dass eine praktikable und kosteneffiziente Lösung durchaus realistisch ist, auch für Langenthal. Die Kantonspolizei und die pädagogische Hochschule Bern schufen mit dem Handbuch "Notfälle und Krisen in Schulen" bereits die Grundlage, doch ohne technische Umsetzung bleibt das Konzept ein Papier-tiger. Deshalb bitte ich Euch alle, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unterstützt diese Motion. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Franziska Zaugg-Streuli. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, die das Wort wünschen? Janina Müller-Heiniger, GLP/EVP-Fraktion.

Stadträtin Janina Müller-Heiniger (EVP): Werte Anwesende, genau, ich heisse Müller, das wollte ich an dieser Stelle noch einmal sagen, schon seit 4 Jahren, aber irgendwie kam das in diesem Vorstoss nicht ganz zum Tragen. Für mich ist das Geschäft brandaktuell. Wir weihten dort, wo wir arbeiten, heute gerade unsere neue Schulglocke mit Alarmierungssystemen ein. Zwei Varianten; eine für Feuer und eine für Amok-Fälle. Ich persönlich bin froh, dass wir das jetzt haben und weiss auch, die Fälle zu unterscheiden. Ich kann mich an meine Schulzeit hier in Langenthal zurückerinnern, als ich in der Oberstufe war, kam es zu einer Amok-Drohung und ehrlich gesagt finde ich es erstaunlich, dass wir jetzt knapp 16 Jahre später mit der Alarmierung noch nicht weiter sind. Wir als Fraktion finden es wichtig, dass das Alarmierungssystem so bald wie möglich eingeführt wird, sodass wir die Motion unterstützen werden.

Stadträtin Verena Heubi (SP): Lieber Stadtratspräsident, liebe Anwesende, es ist das dritte Traktandum zu den Schulen heute Abend. Es zeigt doch eine gewisse Wichtigkeit. Mit Befremden las unsere Fraktion die Antwort des Gemeinderates zu dieser Motion und um es geradeaus zu sagen, die SP/GL-Fraktion wird an dieser Motion festhalten. Als im Jahr 2013 alle Schulzentren von Langenthal ein Notfallkonzept erarbeiteten, empfahl man nach einer Begehung verschiedene Sofortmassnahmen. Wir im Hard, im Kreuzfeld und auch in der Elzmatte haben jetzt einen Feueralarm. Das üben wir jährlich, einmal in Zweierreihe die Schulhäuser zu verlassen. Dieser Feueralarm ist notabene bei uns im Hard am anderen Ende des Schulhauses und ich, falls ich einen Alarm



auslösen müsste, habe zuerst quer durch das ganze Schulzentrum zu rennen, um den Knopf zu betätigen und nachher wieder zurückrennen, um meine Klasse zu evakuieren. Und ich glaube, schweizweit werden mehr Schulhäuser nicht wegen einem Brand, sondern wegen Drohungen oder einem Amoklauf evakuiert.

Was die Schulen brauchen, ist nicht eine Luxusvariante, auch nicht zwingend Apps auf dem Mobiltelefon, solange nämlich nicht jede – und damit meine ich wirklich jede Lehrperson, auch die vom Kindergarten – solange nicht jede Lehrperson ein von der Schule zur Verfügung gestelltes Handy hat, nützt das auch nur bedingt, etwas. Es nützt nämlich nichts, wenn es nur ein Handy pro Klasse gibt und die Leute, die erst später in die Schule kommen, keine Ahnung haben, was allenfalls passierte. Franziska Zaugg sagte bereits, dass man in umliegenden Gemeinden für wenig Geld ein einfaches und alltagtaugliches System einbaute. Es gibt also Erfahrungen, die man abrufen könnte. Seit über zehn Jahren ist das jetzt ein Thema. Und deshalb halten wir an dieser Motion fest. Vorfälle häufen sich nicht nur in Langenthal. Wer übernimmt die Verantwortung? Wer steht hin, wenn etwas passiert? Wir von der SP/GL-Fraktion übernehmen die Verantwortung und bleiben dran. So ist es. Danke.

Stadtrat Jan Herzig (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, wir sehen dies vorab ein bisschen anders, sodass wir den Gemeinderat mit seinen Bedenken unterstützen, die er bis jetzt hat. Aber uns ist auch die Sicherheit der Kinder sehr wichtig und wir wollen auch nicht wegschauen. Darum würden wir das Postulat eigentlich einstimmig eher unterstützen als die Motion.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Jan Herzig. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Claudia Fuhrer Uebersax (FDP/jll/L49) wünscht noch das Wort als Fraktionssprecherin.

Stadträtin Claudia Fuhrer Uebersax (FDP): Werte Kolleginnen und Kollegen, unsere Fraktion würde die Motion mehrheitlich ablehnen und dies eigentlich aus dem gleichen Grund wie bei der SVP. Wenn man jetzt aber in ein Postulat umwandeln würde, so wie sich der Gemeinderat das eigentlich vorstellt, wird die Mehrheit unserer Fraktion dem Postulat zustimmen.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Nathalie Scheibli (SP/GL).

Stadträtin Nathalie Scheibli (SP): Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, wir haben vorhin ein Postulat abgeschrieben. Man meinte dazu, dass man hofft, dass dann doch irgendwann einmal etwas in Gang kommt. Ich muss sagen, dass es bei einer anderen Rechtsform des Stadttheaters nicht um Tod oder Leben geht. Wenn wir jetzt hier in ein Postulat wandeln, dann haben wir irgendwann einmal einen Bericht auf Abschreibung. Aber die Sachlage einer Alarmierung in einem Schulhaus mit mehreren Klassen ist einfach etwas anders als die Rechtslage eines Stadttheaters. Ich bitte Euch, stimmt dieser Motion zu. Es ist fast ebenso ein solch altes Thema wie die Ausgliederung des Stadttheaters und ich will nicht verantworten müssen, dass irgendwann einmal etwas passiert, für das wir alle die Verantwortung tragen müssen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Pascal Dietrich (FDP/jll/L49).

Stadtrat Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann die Forderung nach dem Alarmierungssystem gut begreifen. Ich sehe das Bedürfnis ganz klar und der Gemeinderat will das auch machen. Er schreibt bei der inhaltlichen Stellungnahme deutlich, dass das vorgebrachte Anliegen, ein solches System in den Schulzentren der Volksschule Langenthal zu installieren, auch durch den Gemeinderat klar unterstützt wird. Also ich habe dort jetzt keine Bedenken, dass man das Geschäft, falls man es in ein Postulat wandeln würde, in fünf Jahren einfach abschreiben würde. Das glaube ich nicht. Und sogar, wenn es dann wirklich so herauskommt, so könnte man dann lange vorher nachhaken, dann halt mit einem neuen Vorstoss. Aber das Argument des Gemeinderates, warum es schlauer wäre, wenn man das gesamtheitlich prüfen könnte, namentlich nachher auch, was es finanziell auslöst und das in die richtigen Bahnen lenken, überzeugt mich und ich rufe die Motionärinnen und Motionären wirklich dazu auf, diesen Wandel zu machen. Dann bin ich sicher, dass das hier im Saal einstimmig oder fast einstimmig unterstützt wird. Das ist nachher ein ganz klares Signal an den Gemeinderat, sodass der Gemeinderat daran arbeiten kann. Mit einer Motion steht der Entscheid



auf der Kippe, was nicht befriedigend wäre. Seid so gut, macht doch Wandel.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es weitere Voten von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Gerhard Käser, (SP/GL).

Stadtrat Gerhard Käser (SP): Herr Stadtratspräsident, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich stelle den Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gut, gibt es Voten zu diesem Ordnungsantrag? Falls das nicht der Fall ist, würden wir darüber abstimmen. Wer dem Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch um fünf Minuten zustimmt, zeigt das mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

Ihr stimmtet dem Ordnungsantrag einstimmig zu. Wir machen um 21.10 Uhr weiter.

(Es folgt ein Sitzungsunterbruch von rund 10 Minuten)

Wir würden weitermachen, darf ich Euch bitten, Platz zu nehmen. Wir waren bei den Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher. Gibt es hier noch Wortmeldungen? Linus Rothacher (SP/GL).

Stadtrat Linus Rothacher (SP): Ja, vielleicht erlaube ich mir trotzdem auch noch etwas sagen und ich mache das jetzt noch vielleicht ein bisschen in einem persönlichen Bezug. Ich erzähle dabei wieder einmal etwas von England, hatte ich nämlich in meiner Gymnasialzeit das Privileg, dort ein Austauschjahr zu verbringen. Und in England ist die ganze Thematik schon etwas anderes, das darf man schon sagen. Dort übt man pro Semester die ganze Sache; einmal aufgrund eines Alarms alles durchspielen, das heisst die Tür verbarrikadieren, das Fenster verriegeln und nachher liegt man auf dem Boden und wartet dort 40 Minuten im Klassenzimmer. Und in meiner gesamten Schweizer Schulzeit war das nie der Fall und jetzt haben wir doch Fälle, die sich diesbezüglich leider auch auf dem europäischen Festland häufen. Ich glaube schon, dass da eine gewisse Dringlichkeit angebracht ist und dass man das jetzt umsetzt und zwar schnell umsetzt. Andere Gemeinden machten es bereits vor und in dem Sinn glaube ich, dass hier wirklich eine Dringlichkeit gegeben ist. Und auch um uns herum ist das schon ein ganz anderes Thema. Die Schweiz ist hier wieder einmal ein bisschen, wie soll man sagen, ein bisschen der Schnecke unter den europäischen Staaten. Und darum möchte ich wirklich bitten, die Motion zu überweisen und dafür wende ich mich auch insbesondere an die Motionäre, standhaft zu bleiben und die Motion bitte nicht zu wandeln. Merci vielmals.

Stadträtin Nathalie Scheibli (SP): Ja, es ist ein Thema, bei dem ich emotional werde, das gebe ich zu. Ich kann mich manches Jahr jetzt zurückerinnern, als wir immer wieder das Protokoll als Beweis an unserem Amt abgeben mussten, dass wir die Evakuierungsübungen durchführten. Seit mindestens zehn Jahren weist man diesbezüglich auf Missstände hin. Es hätte der Gemeinderat schon manches Jahr Zeit gehabt, hier etwas zu machen, und jetzt plötzlich hat man das Gefühl und signalisiert, dass man nun ja gerade etwas macht und dann schnell geht. Ich erinnere mich, dass wir Brandabschlüsse gefordert im K2 forderten, wofür sogar schon Offerten vorlagen. Aber sie sind noch nicht gemacht und das ist mindestens 2 Jahre her. Man schiebt es vor sich her und lässt die Schulleitungen in der Verantwortung hängen. Und mit dieser Motion gibt es Druck, dass zwar nicht plötzlich die Alarmierung im Investitionsplan enthalten ist, aber wie ein Kindergarten Bäregg um Jahr um Jahr nach hinten geschoben wird. Der wäre nämlich auch schon seit 20 Jahren saniert, wenn man den Investitionsplan wirklich ernst nehmen würde und entsprechend leben würde. Es kommt immer etwas anderes, das aufgenommen wird, es kommt immer etwas, das wichtiger ist. Ich frage mich, was passieren muss, bevor man dann wirklich sagt, dass es nun wichtig ist. Also, dann macht doch jetzt Nägel mit Köpfen und sagt Ja zu dieser Motion und zeigt, dass Ihr der Schulleitung den Rücken stärkt und dass es Euch wichtig ist. Ich bin überzeugt, wenn wir das jetzt nicht machen, wird ich irgendwann mein Amt als Schulleiterin abgeben und es ist immer noch nicht umgesetzt. Danke fürs Zuhören.

Stadträtin Cornelia Gerber-Schärer (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich war acht Jahre in der Schulkommission und ich glaube mehrmals pro Jahr musste auf die Sicherheit unserer Kinder und der Schule hinweisen, um für ein anständiges Alarmierungssystem, zu plädieren, so wie wir es auch an der Berufsschule in Langenthal kennen, wo am ersten Tag geübt wird, wo alle informiert werden, wie das laufen muss. Einfach in der Stadt haben wir es nicht. Und ich muss gar nicht darauf hinweisen, dass ich emotional werde, denn



natürlich bin ich emotional, weil es doch einfach nicht sein kann. Und ich frage mich einfach, wie Ihr das mit Eurem Wissen und Gewissen vereinbaren könnt? Es ist mir ein Rätsel. Schon jahrelang haben wir es davon und sodass ich mich fragen muss, was uns das Leben wert ist? Ich sagte es dieses Jahr schon einmal, ich weiss, ich bin ja schliesslich von der Geburtenabteilung, aber langsam frage ich mich schon, an was dieses Phänomen liegt, dass wir nicht mehr wissen, was das Leben für einen Wert hat und zu welchem Zeitpunkt es darum geht, Sicherheit zu gewährleisten. Und hier haben wir einfach eine Verantwortung. Und es klingt super, ja wir warten darauf. und man geht dort hin und dann wird das subito umgesetzt. Hört doch auf, wir wissen doch haargenau, wie lange es geht, bis das realisiert oder besprochen und abklärt ist. Das ist doch unser System, wobei es mir nicht darum geht Vorwürfe zu machen, aber wir brauchen jetzt eine pragmatische Lösung mit einem klaren Statement, dass es jetzt so weit ist und es nicht mehr länger dauern darf. Und das Statement ist die Motion, die jetzt einfach ganz klar unterstützt werden muss. Ich danke Euch für die Unterstützung zum Wohl und zur Sicherheit unserer Kinder, der Lehrpersonen, unseres Systems und der Familie von Langenthal. Merci.

Stadtrat Dan Weber (SP): Geschätzter Fabian, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, es mag jetzt vielleicht in Euren Köpfen den Anschein erwecken, dass jetzt nochmals einer etwas erzählen kommt, aber ich sehe, als meine Pflicht als Lehrperson in Langenthal an, hier auch noch meinen Senf dazugeben. Und nebenbei bin ich SP-Stadtrat und tagtäglich an unserer Schule unterwegs. Wer im Schulalltag Verantwortung zeigt, weiss, Sicherheit ist nichts Theoretisches. Sie entscheidet im Notfall über Sekunden, manchmal, wie Cornelia erwähnte, über Leben. Wir reden hier nicht über Luxus, sondern über ein System, das im entscheidenden Moment Leben retten kann, liebe Leute. Ein Alarmierungssystem ist keine technische Spielerei, sondern eine notwendige Infrastruktur in der heutigen Zeit. In dieser Zeit, in der wir auf verschiedenste Notlagen vorbereitet sein müssen, von medizinischen Vorfällen über Evakuationen bis hin zu Betreuungssituationen. Ich weiss, einige Kolleginnen und Kollegen werden hier jetzt denken, dass es sowas in Langenthal nicht braucht, da unsere Schulen ja klein sind. Wir kennen uns alle, oder das ist zu teuer für ein Risiko, das ja vielleicht auch gar nie eintrifft. Doch genau das ist ja der Punkt. Man hofft, dass es nie gebraucht wird, aber man trägt die Verantwortung dafür, dass es funktioniert, wenn es dann gebraucht wird. Es ist schlicht fahrlässig zu glauben, die Sicherheit lässt sich beispielsweise nach Grösse von Schulen oder Wahrscheinlichkeiten von Ereignissen bemessen. Jede Lehrperson weiss, wie unübersichtlich ein Notfall werden kann, wenn keine klaren Kommunikations-Notfallstrukturen vorhanden sind.

Ein solches System ist kein Misstrauensvotum gegen bisherige Abläufe, es ist eine Unterstützung, damit im Ernstfall Ruhe, Klarheit und Sicherheit herrschen können. Deshalb darf die Motion nicht zu einem Postulat umgeschrieben werden. Ein Postulat wäre eine höfliche Bitte, schaut mal, ob es nötig wäre, aber wir wissen längst, dass es nötig ist. Wir erlebten bereits Fälle, bei denen improvisiert werden musste, mit Handys, Laufzettel oder Zurufen. Das ist einfach nicht mehr zeitgemäss. Eine Motion gibt einem klaren Auftrag zum Handeln, eine Richtung und ein Ziel vor. Und wenn es um die Sicherheit von Kindern, Lehrpersonen und Mitarbeitenden geht, dann reicht einfach ein "Wir-schauen-es-einmal-an" schlichtweg nicht. Ich sage es deutlich, wer jetzt einer Abschwächung zu einem Postulat zustimmt, sagt faktisch, dass man Sicherheit auf später verschieben kann. Aber Sicherheit kann man nicht verschieben, sie ist entweder gewährleistet oder sie ist es nicht. Deshalb bitte ich Euch alle, dieser Motion Eure Unterstützung auszusprechen. Dies nicht aus Symbolik, sondern aus Verantwortungsbewusstsein, denn wenn man in Langenthal über Bildung spricht, gehört der Schutz der Menschen in unseren Schulen selbstverständlich dazu. Im Sinn von "Prävention ist günstiger und verantwortungsvoller", als auf eine Katastrophe zu warten. Merci vielmals.

Stadtrat Rosario Volante (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, normalerweise bin ich sehr kostenorientiert und achte darauf, dass Investitionen gezielt erfolgen. In diesem Fall geht es jedoch wie schon erwähnt wirklich um die Sicherheit und Verantwortung. Und hier sollten wir wirklich vorausschauend handeln, bevor uns ein Ereignis die Lücke im System aufzeigt. Ich werde die Motion annehmen, hoffe jedoch, dass auf eine Wandelung in ein Postulat. In diesem speziellen Fall wäre das allerdings zielführender, da ich hier dem Gemeinderat natürlich klar vertraue, dass das nicht auf die lange Bank geschoben wird. Es wäre schade, wenn die Motion dadurch abgelehnt wird. Danke.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es noch weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Gibt es nicht. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht die Vertretung der Motionäre noch einmal das Wort? Ja. Franziska Zaugg-Streuli (FDP/jll/L49).

Stadträtin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich will nicht länger werden und noch mehr darüber erzählen. Wir werden die Motion nicht in ein Postulat wandeln und werden es bei der Motion belassen. Ich hoffe nun ganz fest, dass wir hier die Mehrheit gewinnen und die Motion so unterstützt wird. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci, Franziska. Ihr hörtet es soeben, dass wir über eine Motion abstimmen, sodass wir zur Abstimmung kommen. Wir überlegten uns hier eigentlich, dass wir das in Zukunft schneller machen wollen, sodass wir über Qualifizierung und Erheblicherklärung, sofern zur Qualifizierung kein Gegenantrag kommt, gleichzeitig abstimmen lassen. Ist das für alle klar? Die Motion ist als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert. Hat auch hier jemand einen Gegenantrag? Das scheint nicht der Fall zu sein. In dem Fall frage ich, wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. I zustimmen kann und die Motion als Motion mit Weisungscharakter für nicht erheblich erklären will, zeigt das mit der Stimmkarte. Wer sie für erheblich erklären will, zeigt es mit der Stimmkarte. Enthaltungen?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen:

- 1. Die Motion Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Patrick Jaeggi (SVP), Janina Heiniger (EVP), Gerhard Käser (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2025: Alarmierungssystem an der Volksschule Langenthal wird als Motion mit Weisungscharakter erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



11. **Motion Gerhard Käser (SP), Jan Herzig (SVP), Roland Loser (SP), Patrick Jaeggi (SVP) und Mitunterzeichnende: Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard: Stellungnahme**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen zum Traktandum Nr. 11 mit der Motion Gerhard Käser (SP), Jan Herzig (SVP), Roland Loser (SP), Patrick Jaeggi (SVP) und Mitunterzeichnende: Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard: Stellungnahme. Das Eintreten ist zwingend und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Von der GPK gibt es auch keine Berichterstattung. Darf ich dem Sprecher oder Sprecher der Motion das Wort geben? Gerhard Käser (SP/GL).

Stadtrat Gerhard Käser (SP): Herr Stadtratspräsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich bin jetzt gerade noch ein bisschen auf Durchschnaufen und muss zuerst irgendwie wieder den Faden zum nächsten Traktandum finden. Ich habe das Vergnügen, Euch eine Motion der Dreifachhalle im Hard vorzustellen. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit dem Kanton Bern Verhandlungen über den Neubau der Dreifachhalle im Hard aufzunehmen. Das Ziel sollte sein, dass die Stadt dem Kanton kostenneutral oder wie auch immer beispielsweise im Baurecht Land zur Verfügung stellt und der Kanton die neue Dreifachhalle finanzieren würde. Es ist klar, dass wir Motionärinnen und Motionären eine neue Dreifachhalle wollen. Eigentlich könnte man natürlich die Verantwortung auch der Stadt übergeben, wenn es um einen Neubau einer Dreifachhalle geht, aber es ist in diesem Zusammenhang eben nicht so einfach, denn wir haben den Kanton mit der Berufsfachschule, die notabene einzige gesamtsanierte Dreifachsporthalle in Langenthal, die tagsüber zu fast 100% besetzt ist, das heisst gemietet, okay, das klingt ein bisschen besser. Die Konsequenz daraus ist, dass momentan zwei 5 bis 6. Klassen aus dem Schulzentrum Hard für den Sportunterricht ins Kreuzfeld gehen müssen. Wenn man sich die Bautätigkeiten im Hard-Quartier anschaut und auch die projektierten Bauten, die dann am Bahnhof noch kommen, wird sich die Lage für unsere Volksschule im Hard sicher noch weiter zuspitzen. Zudem spricht auch BFSL¹ davon, dass sie eigentlich schon jetzt und zumindest künftig nach Innenbautätigkeiten zu wenig Hallenzeiten zur Verfügung haben. So wäre es also naheliegend, wenn der Kanton die Hallen bauen würde.

Für die zusätzliche Hallenzeiten könnten dann immer noch die bestehenden Dreifachhallen im Hard auch dem Kanton noch zu 40-50% zur Verfügung gestellt werden, weil sie deutlich mehr braucht als jetzt, sodass man für eine vernünftige Auslastung von sämtlichen Sporthallen sorgen könnte. Neben dem Unterricht durch den Tag gibt es aber auch noch den Faktor Abend- und Wochenendvermietungen. Recherchen ergaben dort, dass es laufend Anfragen von ansässigen Vereinen gibt, die Hallenzeiten für Trainingsmöglichkeiten am Abend oder am Wochenende suchen. Auch die können momentan nicht befriedigt werden. Hier gäbe es die Möglichkeit, dass sich die Stadt für ihre Vereine in die Hallen vom Kanton einmieten und den Bedarf auch dort decken können. Offenbar ist aber das Mietverhältnis mit dem Kanton nicht ganz einfach. Hier müsste bei der Annahme dieser Motion einfach gut geschaut werden, ob oder wann die bestehenden Mietverträge allenfalls gekündigt werden müssten, nicht dass es heisst, dass wir jetzt zwar ein Projekt haben, sich aber der Mietvertrag zum Beispiel mit dem Kanton gerade jetzt um fünf Jahre automatisch verlängerte. Das müsste man sicher im Auge behalten. Mit der Qualifizierung als Motion mit Richtliniencharakter sind wir einverstanden und wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat beantragt, die Motion für erheblich zu erklären. Jetzt hoffen wir, dass unsere überparteiliche Motion auch in diesem Saal eine breite Zustimmung findet. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Jan Herzig (SVP).

¹ BFSL = Berufsfachschule Langenthal



Stadtrat Jan Herzig (SVP): Lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schaue das auch noch als Präsident des Volleyballclubs und auch als Mitglied der Sportkommission an. Gerry Käser sagte es bereits, dass die Kantonsschulen auch viel zu wenig Hallen haben und auch wir von den Vereinen wirklich zu wenig Hallen haben. Wir sind immer auf Hallensuche und es wird wirklich immer schlimmer, wo die Vereine in den Hallen noch einigermaßen trainieren können. Wir steigerten die Belegungen beim Volleyball auch bereits auf drei Trainingseinheiten am Abend und nicht führen nicht mehr nur zwei, durch, so wie wir es früher hatten. Somit wird alles immer wie enger, wie knapper und darum ersuche ich Euch wirklich, nehmt die Motion an, damit uns dann der Kanton hoffentlich eine schöne Halle hinstellt. Merci.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Diego Clavadetscher (FDP).

Stadtratsvizepräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das Anliegen dieser Motion ist lässig. Als jemand, der beruflich Verhandlungen führen muss, wäre es mir eigentlich lieb, wenn man nicht das Verhandlungsmandat in öffentliche Anträge hineintut und eigentlich der Gegenpartei schon sagt, wo der Hase durchläuft und was man bereit ist, zu verschenken. Das ist nicht unbedingt das Optimalste, um Verhandlungen einzuleiten. Und aus dem Grund werde ich Nein stimmen, nicht weil ich etwas gegen das Anliegen habe, aber damit man mindestens später einmal sagen kann, es war nicht der ganze Stadtrat der Meinung, dass es der Kanton gratis bekommt.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Beratung geschlossen. Wünscht die Vertretung der Motionärinnen und Motionären noch einmal das Wort. Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir noch einmal zur Abstimmung und wir versuchen, dass wir beides zusammen abstimmen. Ist die Qualifikation als Motion mit Richtliniencharakter bestritten? Das ist nicht der Fall. Gut, dann stimmen wir ab. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. I und Ziff. II zustimmen kann und die Motion als Motion mit Richtliniencharakter für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen will, zeigt das mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Merci.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein und 0 Enthaltungen:

- 1. Die Motion Gerhard Käser (SP), Jan Herzig (SVP), Roland Loser (SP), Patrick Jaeggi (SVP) und Mitunterzeichnende** Verhandlungsaufnahme mit Kanton Bern bezüglich Neubau Dreifachturnhalle im Hard **wird als Motion mit Richtliniencharakter erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



12. Parlamentarische Fragestunde

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen somit zum Traktandum Nr. 12, der parlamentarischen Fragestunde. Wie ihr seht, steht Stadtpräsident Reto Müller (SP) schon bereit und ich übergebe ihm sehr gerne das Wort.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Merci vielmals, Herr Stadtratspräsident. Wir bekamen heute Abend 18 verschiedene Themen von Euch. Merci vielmals für Euer engagiertes Mitwirken. Erlaubt mir trotzdem mit 22 Jahren Parlamentserfahrung in Langenthal diesen unstatthaften Hinweis, dass man auch Interpellationen einreichen könnte, wenn man umfangreiche Fragenkataloge hat. Denn die GO des Stadtrats besagt ja in Art. 5, Abs. 2, dass Ihr eine mündliche Antwort bekommt, das heisst, dass es jetzt wieder eine kleine Vorlesestunde gibt. Jetzt, wenn die GO mit der nicht ständigen Kommission offen ist, wäre dann vielleicht auch zu prüfen, ob man den Antwortfächer erweitern könnte.

Item, ich darf Euch sechs Themen beantworten.

- Frage von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Umsetzung Gesetz über die digitale Verwaltung:**

Warum werden nach wie vor Einladungen der Stadt zu verschiedenen Anlässen (Wirtschaftsanlässe, Verleihung Sozialpreis oder Kulturpreis, etc.) dem Stadtrat per Post zugestellt, obwohl das Gesetz über digitale Verwaltung (Art. 5 + 8) etwas anderes vorsieht?

- Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Die erste Antwort kommt auf die Frage, die ihr jetzt hier eingeblendet seht. Die Antwort ist, wir verschicken Einladungen an verschiedene Zielgruppen, meistens ist das eine grosse Anzahl von Personen ohne behördliche Funktion. Die physische Einladung wirkt aus der Erfahrung nach persönlicher, wird seltener überschaut und führt zu einem höheren Rücklauf. Für einen effizienten Ablauf erfolgt jedoch die Anmeldung bereits heute über den Online-Schalter. Gibt es sachbezogene Zusatzfragen gemäss Art. 5, Abs. 2?

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Wie Ihr Euch sicher vorstellen könnt, kam die Frage von mir und nicht von Nicole Baumann. Ich als Verfechterin der digitalen Verwaltung habe trotzdem noch eine Frage, warum man dann in dem Fall nicht alle gleichbehandelt? Diejenigen haben einen Mehrwert, die den Wirtschaftslunch besuchen, weil es dafür solch einen schönen Faltprospekt gibt. Diejenigen, die die Verleihung des Sozialpreises besuchen, die bekommen sogar noch das Briefpapier, das hinten blau bedruckt ist, und diejenigen, die an die Kulturpreis-Verleihung gehen, bekommen nur ein weisses Blatt Papier. Macht Euch einmal Gedanken darüber, dass Ihr es vielleicht überall gleich macht.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Danke vielmals für die Zusatzfrage. Dazu machten wir uns bereits Gedanken und sagten, dass wir das in Zukunft ähnlich gestalten werden, wobei diesbezüglich natürlich auch die jeweiligen Ämter nachher mit den Vorschlägen berücksichtigt werden.

- Fragen von **Stadtrat Dan Weber (SP)** zum Thema: **Schulinfrastruktur:**

1. *Da mir bekannt ist, dass ein Zustands- bzw. Bewertungsbericht über die städtischen Schulgebäude bereits vorliegt, möchte ich den Gemeinderat fragen: Ist es möglich, Einsicht in diesen Bericht zu erhalten, um die aktuellen Einschätzungen und Prioritäten nachvollziehen zu können?*
2. *Der Gemeinderat hat angekündigt, dass der umfassende Schlussbericht zur Schulinfrastruktur im Frühling 2026 vorliegen soll. Welche konkreten Arbeitsschritte sind bis dahin vorgesehen – also zwischen dem nun vorliegenden Bewertungsbericht und dem endgültigen Gesamtbericht? Und in welcher Form werden dabei Erkenntnisse oder Prioritäten laufend überprüft oder aktualisiert?*



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

3. *Falls der Bewertungsbericht bereits Hinweise auf akute Mängel enthält, welche Sofortmassnahmen sind vorgesehen, um sicherheitsrelevante oder schulbetriebsbeeinträchtigende Schäden zeitnah zu beheben – noch vor Abschluss des Schlussberichts?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Genau, dann die zweite Frage, respektive hier geht es um einen ganzen Fragenkatalog, die sieht ihr hier eingeblendet.

1. Die Antwort zum 1 ist Nein. Eine Einsichtnahme in die Berichte, die der Gemeinderat noch nicht zur Kenntnis genommen hat oder noch nicht genehmigt hat, ist nicht möglich. Es existieren Dokumente über eine umfassende Studie zur Schulraumentwicklung der Stadt Langenthal, verfasst von Basler Hoffmann aus den Jahren 2009 bis 2011. Diese können beim Amt für Bildung, Kultur und Sport eingesehen werden.
2. Die weiteren Arbeitsschritte stehen in engem Zusammenhang mit der zukünftigen Ausrichtung der Schulraumplanung. Zudem ist die bisherige Zustandsanalyse in spezifischen Punkten noch zu überprüfen und durch den Gemeinderat zu priorisieren.
3. Bauliche Mängel werden im Rahmen des baulichen Unterhalts nach Prioritäten laufend und unabhängig vom Bewertungsbericht umgesetzt. Im Vordergrund stehen dringende Reparaturen von nicht mehr funktionstüchtigen Bauteilen und die Behebung von Mängeln, die für die Nutzerinnen und Nutzer sowie das Objekt sicherheitsrelevant sind oder zu Folgeschäden führen könnten.

■ Fragen von **Stadträtin Fanny Zürn (GL)** zum Thema: **Porzi-Areal**:

1. *Was ist der Stand bei der Gesamtplanung des Porzi-Areals?*
2. *Wann kommt ein demokratischer Grundsatzentscheid über die weitere Entwicklung des Areals?*

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Die Antwort auf beide Fragen ist wie folgt zusammengefasst: Das Porzi-Areal ist im Siedlungsrichtplan als Umstrukturierungsgebiet bezeichnet. Grundeigentümerschaften aktivieren das Areal gegenwärtig im Bestand. Das Stadtbauamt steht in regelmässigem Austausch mit den Grundeigentümerschaften, um den richtigen Zeitpunkt für eine Gesamtplanung abzustimmen. Zum jetzigen Zeitpunkt hat man die Arbeit aber noch nicht gestartet. Deshalb kann der Zeitpunkt des Abschlusses eines Verfahrens mittels eines demokratischen Entscheids noch nicht abgeschätzt werden.

■ Fragen von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Schrebergärten**:

1. *Wie wird die Warteliste für die Nutzung von Schrebergärten bearbeitet? Kommen Gärtnerwillige Personen nach Eingang ihrer Anmeldung zum Zug, oder werden Personen, welche Familienangehörige haben, die bereits eine Gartenparzelle besitzen, bevorzugt?*
2. *Wer kontrolliert ob Schrebergärten, z. B. von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern genutzt und gepflegt werden? Wird in diesem Zusammenhang regelmässig bei den Nutzern nachgefragt ob der Garten noch gebraucht wird?*
3. *Was wird gegen Wildpinkler innerhalb der Schrebergärten unternommen? Wäre ein Einsatz von einem stationären "Kompotoi" denkbar?*
4. *Wird durch die Stadt die Infrastruktur in den Schrebergärten (Wasserleitungen) regelmässig kontrolliert und gewartet?*



■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

1. Bei neu zu verpachtenden Pflanzgärten werden die interessierten Personen auf der Warteliste nacheinander angefragt. Nur in Einzelfällen hat man in der Vergangenheit die Pflanzgärten an Familienangehörige übertragen.
2. Die Fachstelle Liegenschaften kontrolliert den Zustand der Pflanzgärten periodisch. Pächterinnen und Pächter werden bei Zuwiderhandlungen gegen die Nutzungsordnung aufgefordert, den Pflanzgarten entsprechend zu nutzen oder wiederherzustellen. Kommen die Pächterinnen und Pächter dieser Aufforderung nach mehrmaliger Meinung nicht nach, wird ihnen gekündigt.
3. Sofern Wildpinkler ausfindig gemacht werden können, werden sie auf die Nutzungsordnung hingewiesen und die Kündigung angedroht. Der Aufbau von stationären "Kompotois" ist mit zusätzlichen finanziellen Aufwendungen verbunden, wofür wir derzeit keine Budgetposten haben. Ausserdem dienen Pflanzgärten in erster Linie am Anbau von Pflanzen, die zugelassenen Schöpfe sind nicht für den dauernden Aufenthalt gedacht, sondern für die Lagerung von Material.
4. Die Infrastruktur der Pflanzgärten wird in unregelmässigen Abständen überprüft und bei Bedarf instand gestellt.

■ Frage von **Stadtrat Jan Herzig (SVP)** zum Thema: **Sanierung der St. Urbanstrasse:**

Wie sieht der aktuelle Zeitplan für die Sanierung der St. Urbanstrasse im Bereich Bären bis Coop-Kreisel aus?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Da ist der Hinweis, dass die Frage erst nach Eingabeschluss einging, deshalb sind die Antworten teilweise kürzer, da sie erst nach der Frist vorlag. Der Abschnitt ist Teil der Verkehrslösung Langenthal-Teilprojekt Aarwangenstrasse - St. Urbanstrasse. Es ist aktuell als Teil der Massnahme im Agglomerationsprogramm 3 zur Umsetzung geplant. Diese Massnahmen müssen bis Ende 2027 abgeschlossen sein. Gibt es Zusatzfragen?

■ Frage von **Stadtrat Jan Herzig (SVP)** zum Thema: **Provisorium Haslibrunnen:**

Wie lange bleiben die provisorischen Container vom Haslibrunnen noch stehen?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Auch hier traf die Antwort auf meine letzte Frage erst nach Eingabeschluss ein. Deshalb fehlen auch hier vertiefere Abklärungen. Der Vertrag zwischen der Stadt und der Hasenbrunnen AG zur Nutzung der Fläche als provisorische Unterbringung sowie die befristete Baubewilligung zum Aufstellen der Container laufen bis Ende 2026. Die Container gehören oder gehörten der Haslibrunnen AG; Verkaufsverhandlungen werden oder wurden von ihnen geführt. Aufgrund der späten Eingabe der Frage machte man da jetzt heute bei der Haslibrunnen AG keine Anfrage mehr. Zum jetzigen Zeitpunkt ist darum davon auszugehen, dass die Container spätestens zum Zeitpunkt Ende 2026 entfernt werden. Merci. Gibt es hier eine Zusatzfrage?

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Das ist auch nicht der Fall, dann danke vielmals Stadtpräsident Reto Müller, als Nächster kommt Vizestadtpräsident Michael Schär, FDP.



Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ja, danke vielmals. Davor steht zwar noch, dass der Reto Müller das auch beantworten soll, aber es ist in meinem Ressort, darum würde ich das beantworten.

- Frage von **Stadtrat Jan Herzig (SVP)** zum Thema: **Mobile Bushaltestellen:**

Weshalb wurden div. neuen Bushaltestellen ohne Sitzbänke realisiert?

- Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP):**

Es geht um die Bushaltestellen, die ohne Sitzbank realisiert wurden. Dort kann ich Euch folgendermassen informieren, dass die Beschaffung der Bushaltestellen-Infrastruktur aktuell noch nicht abgeschlossen ist. Wird der Zuschlag für die Beschaffung der Personenunterstände an die Velopa erteilt? Also das wurde jetzt ausgeschrieben und wurde an die erteilt. Die Terminierung zur Lieferung der ersten Pells, also der ersten Personenunterstände mit den integrierten Sitzbänken wird jetzt definiert. Die Beschaffung der 13 freistehenden Sitzbänke erfolgt nachgelagert. Im Konzept "Bushaltestellen Infrastruktur 2022plus", Bericht vom 24. März 2022 ist definiert, an welchen Standorten welche Infrastruktur vorgesehen ist.

Die Kriterien zur Auswahl der Bushaltestelleninfrastruktur sind die Anzahl der Buslinien, die jeweils an denen anhalten, die Fahrtrichtung und das Umfeld und die Fahrgastfrequenz. Also mit anderen Worten, es ist nicht überall 1:1 die gleiche Ausstattung angedacht. Wir haben Bushaltestellen mit Häuschen, Bushaltestellen, die nur eine Sitzbank haben und solche, die eben nur eine Tafel haben; je nachdem, wie häufig und wo sie sind. Gibt es dazu eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall.

- Frage von **Stadträtin Verena Heubi (SP)** zum Thema: **Biodiversität:**

Am 29.8.2022 wurde die Motion Gerber-Möri Franziska, Loser Fries Stefanie, Zürn Fanny und Mitunterzeichnende vom 20. September 2021: Erarbeitung eines Biodiversitätskonzepts als verbindliche Planungs- und Arbeitsgrundlage der Stadt Langenthal abgeschrieben.

Wie weit ist das Konzept bereits entwickelt und realisiert? Welche Schwerpunkte sind umgesetzt oder in zukunftsnahe Planung?

- Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP):**

Die Arbeiten im Biodiversitätskonzept laufen noch, sind aber weniger vorgeschritten, als wir das vorsahen oder erhofften. Die Verzögerungen kamen zustande, da man es auch für die Wichtigkeit erachtete, dass man bereits heute Sachen umsetzt und man nicht nur am Biodiversitätskonzept arbeitet. So wurden beispielsweise im Jahr 2025 mehr als 1'100 m² städtische Rasenflächen zu Wildblumenwiesen umgewandelt. Ein Informationsanlass zur Umwandlung von Rasenflächen zu Blumenwiesen für die Bevölkerung wurde ebenso durchgeführt. Im Nachgang zu diesem Infoanlass wurde von der Bevölkerung das Saatgut für 710 Quadratmeter bestellt und ausgeliefert. Man legte vermehrten Fokus auf Bäume in den Tiefbauprojekten. Man startete ein Projekt zur Entfernung des Kirschlorbeers im Areal schulzentrum Elzmatte. Auch eine Kooperation mit "Birdlife Langenthal" wurde gestartet und die Kartierung der städtischen Habitatbäume wird morgen gestartet. Also wir propagieren dort neben dem Biodiversitätskonzept auch gleichzeitig etwas zu realisieren, ganz nach dem Motto: "Machen ist wie wollen, nur krasser". Gibt es da eine Zusatzfrage? Das ist auch nicht der Fall. Gut, ihr habt es wieder schon gesagt.



■ Fragen von **Stadtrat Patrick Jordi (FDP)** zum Thema: **Mobile Sitzgelegenheiten und Begrünungselemente im Stadtzentrum:**

1. *Seit Anfang September stehen an der Langete zwischen Wuhrplatz-Parkplatz und Restaurant La Cantina verschiedene Elemente, die eigentlich zu den mobilen Sitzgruppen im Stadtzentrum gehören. Warum befinden sie sich seit über einem Monat dort und nicht an zentraler Stelle? Werden diese "verwaisten" Elemente heuer nochmals zweckdienlich – etwa auf dem Wuhrplatz oder anderswo – aufgestellt?*
2. *Wo ist die Sitzgruppe geblieben, die zuvor zwischen Choufhusi und UBS-Treppe stand? Wird sie bis Mitte November nochmals für die Bevölkerung zugänglich gemacht?*
3. *Der Gemeinderat führte 2024 einen Testbetrieb mit gemieteten Elementen durch. Inzwischen sollen diese von der Stadt übernommen worden sein. Welche Modalitäten (zeitlich, finanziell) galten für den Kauf, und welches Mobiliar gehört nun genau der Stadt?*
4. *Welches Fazit zieht der Gemeinderat nach dem Testbetrieb 2024 und der zweiten Saison 2025? Wie werden die Sitz- und Begrünungselemente von der Bevölkerung genutzt und wahrgenommen?*
5. *Welches weitere Vorgehen ist geplant? Sollen die Elemente künftig in den wärmeren Monaten regelmässig im Zentrum eingesetzt werden?*
6. *Wie beurteilt der Gemeinderat die schattenspendende Wirkung der Begrünungselemente? Ist vorgesehen, das Angebot durch zusätzliche Systeme zu ergänzen, die mehr Schatten bieten?*

■ Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP):**

1. Bei diesen Elementen, zu denen Fragen gestellt wurden, handelt es sich um die Elemente, die zur Sitzgruppe gehören, die vor der UBS standen. Patrick Jordi schickte uns dazu noch Bilder von den Einzelstücken, die hier am Bach stehen. Seit Ende August wird die Fläche vor dem *Choufhusi* und der UBS für grosse Anlässe immer wieder gebraucht und darum wurde das ständige Auf- und Abbauen der Sitzgruppe als zu aufwendig angeschaut und deshalb stellte man die ganzen Elemente der UBS in der Marktgasse UBS bei der Boccia-Fläche, das heisst auf der Betonfläche bei Wuhrplatz auf. Dort liess man nun die Pflanzkübel weg, sodass sie nun dort am Bach stehen.
2. Das beantwortet sogleich auch die zweite Frage.
3. Nach dem erfolgreichen Testbetrieb im Sommer 2024 entschied der Gemeinderat im Dezember 2024, alle vorher bereits gemieteten Elemente zu kaufen. Das war ein Mietkauf. Dabei konnten die geleisteten Mietkosten zu 50% angerechnet werden. Gleichzeitig wurden die Elemente im Winter 2024/2025 durch Anbieter eingelagert und wurden im Frühling einer Auffrischung unterzogen. Auch der Aufbau im Frühling 2025 wurde ursprünglich durch den Anbieter durchgeführt und dort auch durch den Werkhof geschult. Die Kosten für die Elemente und die genannten Leistungen belaufen sich auf Fr. 81'700.00 und der Betrag wurde aus dem Fonds "Gewinn-Ausschüttung Anzeiger Oberaargau AG" genommen. Der Stadt gehören somit alle mobilen Elemente, die momentan in der Stadt aufgestellt sind und die dieses Jahr auf dem Burgplatz und der Marktgasse aufgebaut waren.
4. Aus Sicht der Stadt werden die Sitzelemente regen genutzt. Wir erhielten ein sehr gutes Feedback aus der Bevölkerung und deswegen schauen wir auch, ob wir die Elemente noch weiter aufwerten können. Somit werden sie ganz sicher auch wieder im Frühling bis im Herbst aufgestellt.
5. Die diesjährigen Erfahrungen mit den Begrünungselementen zeigten, dass diese noch zu wenig Schatten spenden, was ich, so glaube ich, auch alle sahen, dass dies so kleine Büschchen sind. Das Stadtbauamt erarbeitet daher eine Lösung, um die bestehenden Elemente ab dem nächsten Jahr mit zusätzlichen Begrünungselementen zu ergänzen; sprich also solche, die dann wirklich auch genug Schatten geben, also richtige Bäume.



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es sachbezogene Zusatzfragen? Ja, gut.

Stadtrat Patrick Jordi (FDP): Ja, sehr geehrter Stadtratspräsident, lieber Michael, danke für die Beantwortung der Frage. Für mich steht das jetzt ein bisschen im Widerspruch. Einerseits hat man die Elemente angeschafft und es kommt bei der Bevölkerung gut an. Andererseits ist aber der Aufwand zu gross, um sie seit August wieder aufzubauen. Wie kann man denn den Aufwand vielleicht reduzieren oder wie kann der Werkhof besser vorgehen, dass man das auch wirklich nutzen kann, so wie man es jetzt anschaffte?

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ob man es wirklich reduzieren kann, hängt wie gesagt von diesen vielen, sehr guten Anlässen ab, die durchgeführt wurden. Seit dem August hatten wir die Kinonächte, wir hatten mehrmals eine Disconacht und ich glaube, dort müssen wir uns einig werden, dass wir diesen Aufwand in Zukunft nicht scheuen wollen, den auch zu leisten.

■ Fragen von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG):**

1. *Ab dem 1. Januar 2026 dürfen gemäss StromVV¹ Lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) betrieben werden. Die Stadt könnte so ihren weit verteilten Gebäudepark besser mit selbst produziertem Strom versorgen. Dadurch steigt nicht nur der Anteil an Solarstrom im Verbrauchsmix der Stadt, sondern es wird auch viel Geld gespart.*
2. *Gibt es seitens der Stadt Bestrebungen zur Einführung solcher LEG?*
3. *Werden bei der Einteilung der Gebäude in die LEG (Falls es mehrere gibt) die verschieden hohen Netzabschläge beachtet?*
4. *Werden kurz- und mittelfristig geplante Anlagen auch schon in die LEG eingeplant?*
5. *Wird die deutlich kürzere Amortisationszeit durch die LEG in künftigen Anlagen beim Bauprojekt ausgewiesen?*

■ Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP):**

Hier würde ich gerade alle Fragen in einem Fliesstext, also nicht mehr separat, beantworten. Es ist ja so, dass bereits Anfang des Jahres erste Sitzungen mit der IBL Langenthal mit dem Fokus auf die LEG's stattfanden. Für die städtischen LEG's wird die IBL AG voraussichtlich die Rolle des Dienstleisters übernehmen. Ab 1. November befindet sich erstmals eine PV-Anlage im Eigentum der Stadt Langenthal. Die bisherigen PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden wurden im Kontrakt eingestellt und sind somit nicht im Eigentum der Stadt. Aktuell wird durch die Stadt geprüft, welche städtischen Gebäude zu einem LEG-Zusammenschluss ausgewählt werden können und sollen, um die Möglichkeit der LEG am besten nutzen zu können. Bei der Planung wird neben dem Stromverbrauch, der Stromproduktion auch die Netzebene berücksichtigt. Das hat vor allem mit den Kosten zu tun, um eben den Strom in solche Gebäude zu transportieren. Da die genauen Einsparungen durch die Gelegenheit nur ungenau voraussagen sind, aufgrund von Schwankungen in der Stromproduktion, durch das Wetter oder den Stromverbrauch, ist eine exakte Quantifizierung noch nicht möglich. Es wird aber bei der Amortisationsrechnung mindestens ein Hinweis gemacht, dass durch die Integration in ein LEG die Amortisationszeit deutlich verkürzt wird. Bevor aber Einsparungen in die Amortisationsrechnung genauer beziffert werden können, braucht es einen gewissen Erfahrungswert. Das wäre es. Ich glaube, da gibt es keine Zusatzfrage.

¹ StromVV = Stromversorgungsverordnung



■ Frage von **Stadtrat Jan Herzig (SVP)** zum Thema: **Gaspreis:**

Wo liegt der aktuelle Gaspreis im Vergleich zu den Nachbargemeinden?

■ Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP):**

Diese Frage ist einfach zu beantworten: Ihr könnt das online nachschauen: Die Gaspreise müssen dem Preisüberwacher gemeldet werden, darum ist das öffentlich einsehbar. Der Preisüberwacher stellt für das eine Webseite zur Verfügung, wo man alles vergleichen kann. Das findet man unter gaspreisen.preisueberwacher.ch. Da die IBL – und es wird hier ja auf einen Vergleich mit den Nachbargemeinden hingewiesen – auch die Nachbargemeinde mit Gas beliefert, zahlen alle genau den gleichen Preis. Und der Preis des Gases wird durch die IBL festgelegt. Das ist durch Einkäufe etc. alles geregelt, dazu gibt es keinen politischen Spielraum und daran kann gar nichts geschraubt werden.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es dazu eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Nun folgt Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP), Vorsteher des Ressorts Finanz- und Steuerwesen.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Herr Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und werte Anwesende. Für das Finanzamt ist eine Frage eingegangen, wobei diese Frage aus 5 Teilfragen besteht.

■ Fragen von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Ethische verantwortungsvolle Anlagestrategie:**

1. *Wie ist das Anlagenportfolio der Stadt Langenthal derzeit aufgebaut?*
2. *Welche Grundsätze, Richtlinien oder Strategien bestehen bezüglich der Anlagepolitik?*
3. *Werden bei Investitionen ethische, ökologische oder soziale Kriterien berücksichtigt (z. B. Ausschluss von Waffenindustrie, fossilen Energien, Kinderarbeit etc.)?*
4. *Existieren Positiv- oder Negativlisten zur Steuerung der Anlageentscheide?*
5. *Wird das Portfolio regelmässig auf Übereinstimmung mit allfälligen ethischen Vorgaben überprüft?*

■ Antworten von **Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP):**

1. Das ist als gemischtes Mandat breit diversifiziert aufgestellt, um das Anlagenrisiko entsprechend tiefzuhalten können. Die Überwachung des Portfolios überfolgt über ein regelbasiertes "Rebalancing", was eben ermöglicht, je nachdem die Nutzung oder die Daten umzuschichten. Es wird auf eine einfache und auch effiziente Umsetzung durch den Einsatz von indexierten Kollektivanlagen geschaut, um die Finanzvermögen zu teilen, die als Kollektivanlagen gehalten sind.

Die Anlagenstrategie wird seit Ende Januar 2022 als nachhaltiges Portfolio mit Index nahen Fonds, eben sogenannt Kollektivanlagen, gemanagt. Das war ein grundsätzlicher Entscheid des Gemeinderates hin zu einem nachhaltigen Portfolio. Der Depotwert beläuft sich aktuell auf total rund 36,3 Mio. Franken. Der Anteil der Aktien ist bei rund 9,8 Mio. Franken, respektive ungefähr 27%, Stand September 2025.

2. Die Verwaltung dieser Kollektivanlagen wird durch die UBS gemacht, das war auch hier bewusst ein Entscheid des Gemeinderates. Man fokussierte sich dabei zur Effizienzsteigerung und Nutzung von Synergien die Vermögensverwaltung bei einem Bankinstitut.

Die Nachhaltigkeitsgrundsätze sind in zwei Bereiche aufgeteilt; in den sogenannt ESG-Integrationsstrategien einerseits und in die Nachhaltigkeitsfokus- und Impactstrategie andererseits. Was heisst ESG? Das steht für Environmental, Social und Governance, also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. Die Nachhaltigkeitsaspekte werden bei einer indexierten Verwaltung des Portfolios in erster Linie bei der Auswahl der Benchmarks berücksichtigt, die Nachhaltigkeitsaspekte werden



aber auch im Rahmen dieser sogenannten Stewardship-Aktivitäten berücksichtigt; das bedeutet das Engagement und das Voting bei den Aktien oder mittels Ausschlüsse, worauf ich dann noch zurückkomme, was damit gemeint ist. Ich möchte noch speziell den Fokus auf eine kollektive Kapitalanlage richten, auf einen Climate-Aware-Fonds für globale Unternehmen zu Anleihen. Der geht darüber hinaus, wie ich es vorhin ausführte, sodass der gezielte Fokus auf Unternehmen liegt, die zum langfristigen Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Weltwirtschaft beitragen. Damit wird auch im Bereich der festverzinslichen Anlagen ein aktiver Beitrag zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung geleistet.

3. Die Frage zielt konkret auch auf mögliche Ausschlüsse ab. Die ESG-Aspekte, die ich vorher kurz antönte, sind vollständig in der aktuellen Anlagenstrategie; also dort, wo man über die Indexabbildung in Einfluss nimmt, bei der aktiven Anlagenstrategie und bei der aktiven Anleihenstrategie integriert, natürlich, wenn ausreichend die ESG-Daten verfügbar sind. Die ESG-Integrationsstrategie beinhaltet drei Elemente; das sind Standardausschlüsse, Screening und SI-Bewertung, Sustainable Investitionen, also Nachhaltigkeit, Screening und SI-Bewertung und drittens eben Stewardship. Das erste Element sind die Standardausschlüsse. Das beinhaltet die Vermeidung von Investitionen in Anlagen, die quasi als quasi unerwünscht erachtet werden. Standardausschlüsse beinhalten im Wesentlichen kontroverse Waffen oder thermische Kohle. Und im Bereich SI-Bewertung und Screening werden im Investmentprozess neben den traditionellen Finanzkennzahlen ESG-Faktoren für die Risikobeurteilung nicht berücksichtigt. Durch den Nachhaltigkeitsfokus und durch die Impact-Strategie, das ist der andere Teil neben dem ESG, werden weiter die Kriterien für Ausschlüsse über die Standardausschlüsse berücksichtigt, damit das ESG-Profil im Hinblick auf Nachhaltigkeit noch einmal optimiert werden kann.
4. Jetzt komme ich zur Frage positiv-negativ-Liste für Ausschlüsse, wie zuvor schon kurz antönt. Das gibt es in der Stadtverwaltung selber nicht, aber sehr wohl in der UBS, wo eben die Fondsverwaltung macht, abhängig vom Nachhaltigkeits- und Anlageansatz, von der Strategie. Der bereits ausgeführte Gemeinderat legte jeden Fokus auf Nachhaltigkeit und dann gibt es ebenso positive und negative Listen, die generell ausgeschlossen sind bei der UBS; also beim Institutional Fund, beim Investment Fund und bei den Anlagenstiftungen mit generellem Ausschluss. Unternehmen, die an der Entwicklung, der Fertigung oder dem Kauf von Streumunition, von umstrittenen Waffen oder von Antipersonenminen beteiligt sind, sind No-Gos. Und das UBS Asset Management wendet bei allen aktiven und auch bei den passiven, also dort, wo man den Index übernimmt, aktiven und Obligationenprodukten mit Domizil Schweiz die Ausschlussliste des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen, die heissen SVVK- OSIR, das ist eine freiwillige Vereinigung, die versucht, Standards zu etablieren.
5. Die Antwort ist ja, denn die Umsetzung erfolgt mehrheitlich über institutionelle ESG-konforme Indexfonds, die auf anerkannten Nachhaltigkeitsbenchmarks basieren. Ich erspare Euch die unzähligen Abkürzungen, die es hier gibt. Interessierte dürfen sich dann gerne noch nachher an mich wenden. Eben über die Nachhaltigkeits-Benchmarks, das wird geprüft und die Fonds werden so ausgewählt, dass sie die strategischen Asset-Allokationen effizient abbilden, gleichzeitig die ESG-Kriterien berücksichtigen. Daneben sind die ESG-Richtlinien bei den Handelssystemen in der UBS vor und nach dem Handeln kodiert und werden vom UBS Investment Guideline Monitoring Team überwacht. So, gibt es eine sachbezogene Zusatzfrage? Nein. Merci vielmals.

Nützliche Broschüre: https://www.ubs.com/ch/de/assetmanagement/capabilities/sustainable-investing/_jcr_content/root/contentarea/mainpar/toplevelgrid_copy/col_2/innergrid_1648045561/col_2/actionbutton.0013454247.file/PS9jb250ZW50L2RhbmS9hc3NldHMvYXNzZXQtbWFuYWdlbWVudC1yZWltYWdpbmVkl2NoL2RIL2NhcgFiaWxpdlGllcy9zdXNOYWluYWJsZS1pbmZlc3Rpbmctd2ViLnBkZg==/sustainable-investing-web.pdf



Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Nun folgt die nächste Frage aus dem Bereich Kultur und Sport, die vom zuständigen Ressortvorsteher Gemeinderat Patrick Fluri (SVP) beantwortet wird.

- Frage von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Kulturförderkonzept:**

Wurde das Kulturförderkonzept in der Zwischenzeit genehmigt? Wenn ja, wie gestaltet sich dessen Umsetzung? Wenn nein, was sind die nächsten Meilensteine?

- Antworten von **Gemeinderat Patrick Fluri (SVP):**

Das Kulturförderkonzept der Stadt Langenthal wird voraussichtlich im Oktober 2025 vom Gemeinderat behandelt. Nach dem Beschluss informiert die Stadt per Medienmitteilung. Die Umsetzung der darin enthaltenen Massnahmen erfolgt schrittweise über mehrere Jahre. Für Kosten oder personenrelevante Massnahmen werden jeweils Anträge beim zuständigen finanzkompetenten Organ gestellt.

- Frage von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Stadttheater:**

*Beabsichtigt das **Stadttheater den Gastronomiebereich**, insbesondere den Barbetrieb, längerfristig in Eigenregie zu betreuen oder ist beabsichtigt, diesen wieder extern zu geben?*

- Antwort von **Gemeinderat Patrick Fluri (SVP):**

Das Stadttheater Langenthal plant den Gastrobereich mit der Theaterbar auch langfristig in Eigenregie weiterzuführen. In den letzten zwei Jahren von Oktober 2023 bis Oktober 2025 erwies sich dieses Modell als voller Erfolg. Dank gezielter Investitionen in das Mobiliar sowie der Schulung des Personals konnte man die Qualität steigern und auch das Besuchererlebnis wurde dadurch spürbar aufgewertet. Die zahlreichen Vorteile dieser Lösung sind die Nutzung interner Personalressourcen, grosse Flexibilität bei Anfragen und beim Angebot. Auch eine Anlaufstelle für Kundinnen und Kunden im Stadttheater sprechen klar für eine Fortsetzung des Weges.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Hier gibt es nun eine sachbezogene Zusatzfragen von Murielle Schärer (GLP).

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Danke vielmals für die Beantwortung. Ich persönlich begrüsse, diesen Schritt natürlich sehr. Gerade die Theaterbar ist in dem Sinn halt einfach eine klassische Cash-Cow. Als Anschlussfrage möchte ich wissen, wie die Marge jeweils überprüft wird, denn aktuell aus der Jahresrechnung heraus finde ich es schwierig zu interpretieren, da es ja auch einen Catering- und Barbetrieb gibt. Und die Marge liegen dort sehr auseinander und deshalb frage ich mich, wie es kontrolliert wird und ob es auch auf alle Fälle eine Möglichkeit gibt, die Bereiche voneinander zu trenne, sodass man das auf einfache Art und Weise aus der Jahresrechnung ersehen kann.

Gemeinderat Patrick Fluri (SVP): Das müssen wir sicher in Zukunft klar trennen, im Moment ist es eine Mischrechnung.

Stadträtin Murielle Schärer (GLP): Genau, das sieht man an den Zahlen, die jedes Jahr anders ausfallen. Darum würde ich eine Aufteilung sehr begrüssen. Danke vielmals.



■ Fragen von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Mietbare Räumlichkeiten:**

1. *Nach welchen Kriterien werden die Räumlichkeiten ausgewählt, die auf dem Dokument "mietbare Räumlichkeiten" aufgeführt sind?*
2. *Weshalb sind Räumlichkeiten ausserhalb der Gemeinde aufgeführt (Schloss Thunstetten), während vermietbare städtische Räumlichkeiten nur teilweise aufgeführt sind?*

■ Antworten von **Gemeinderat Patrick Fluri (SVP):**

Die Liste der mietbaren Räumlichkeiten wird vom Amt für Bildung, Kultur und Sport geführt und regelmässig aktualisiert. Hinweise aus der Bevölkerung insbesondere zu neuen Mietobjekten sind willkommen, muss man aber melden. Berücksichtigt werden primär die Räume in Langenthal. Speziell das Schloss Thunstetten als Kulturinstitution ist auch aufgeführt, weil die Stadt dort 1970 an der Stiftungsgründung beteiligt war.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Gibt es hier eine Zusatzfrage?

Stadträtin Janina Müller-Heiniger (EVP): Könnte man da zum Beispiel auch Räume im Steckholz berücksichtigen?

Gemeinderat Patrick Fluri (SVP): Das könnte man auf allen Feldern machen. Die müssen einfach beim ABiKuS¹ gemeldet werden, dann kommen die auf die Liste.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Danke vielmals, Patrick Fluri. Jetzt steht Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentlicher Sicherheit, in den Startlöchern.

■ Fragen von **Stadtrat Patrick Jordi (FDP)** zum Thema: **Temporäre Erweiterung der Aussenbestuhlung in der Marktgasse:**

Neu dürfen diverse Langenthaler Gastronomiebetriebe die Aussenbestuhlung in den Sommermonaten erweitern. Das Regierungssstadthalteramt bewilligte dieses Vorhaben für die Jahre 2024 und 2025.

1. *Welches Fazit zieht der Gemeinderat aus den Jahren 2024 und 2025 hinsichtlich der temporären Erweiterung der Aussenbestuhlung in der Marktgasse?*
2. *Dürfen die Gastronomiebetriebe in der Marktgasse ihre Aussenbereiche auch in den Folgejahren während der Sommermonate (also von ca. Juni bis ca. September 2026, 2027 usw.) erweitern? Wovon ist das abhängig?*
3. *Welches Vorgehen plant der Gemeinderat, um für künftige Sommersaisons gegebenenfalls weitere Gastronomiebetriebe auf die Möglichkeit der erweiterten Aussenbestuhlung aufmerksam zu machen respektive abzuklären, ob seitens anderer Gastrobetriebe ebenfalls noch Bedarf besteht?*

■ Antworten von **Gemeinderat Martin Lerch (SVP):**

1. Es wird ein positives Fazit gezogen. Die erweiterte Aussenbestuhlung in der Marktgasse wird vom Gemeinderat als wichtigen Impuls zur Attraktivierung und Belebung der Innenstadt, insbesondere eben der Marktgasse, gesehen. Die Initianten aus der Langenthaler Gastronomie in der Marktgasse ziehen ebenfalls ein positives Fazit.
2. Ja, für die Jahre 2026 bis 2027 unterstützt der Gemeinderat das Vorhaben im bereits bekannten Rahmen. Das Regierungssstadthalteramt Obergeraargau als Bewilligungsbehörde im Gastgewerbebereich sieht ein erneutes Gesuch für die folgenden Jahre ebenfalls positiv. Das haben informelle Vorabklärungen ergeben.

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport



3. Die involvierten Gastronomiebetriebe aus der Marktgasse haben in einem Gespräch, das letzte Woche mit dem Amt für öffentliche Sicherheit stattfand, signalisiert, dass sie zusammen mit dem Gastroverein Langenthal weitere Interessenten abholen wollen. Ziel ist es, dass die Gesuchseinreichung dann alle Interessierten umfassen würde, damit das gemeinsam erfolgen könnte.

■ Fragen von **Stadträtin Nicole Baumann (GLP)** zum Thema: **Bewilligungen (pseudo)religiöse Organisationen:**

1. *Wie oft waren Scientology, oder eine ihrer Tarnorganisationen in Langenthal, mit Bewilligung, unterwegs?*
2. *Gibt es besondere Vorschriften, an die sich (pseudo)religiöse Organisationen halten müssen? (z.B. deutliche Erkennbarkeit der Organisation)?*
3. *Gibt es weitere sektiererische oder religiöse Organisationen, die regelmässig Bewilligungen im öffentlichen Raum erhalten?*

■ Antworten von **Gemeinderat Martin Lerch (SVP):**

Ich will als Vorbemerkung sagen, dass wir das Wording der Fragen nicht überall übernehmen.

1. Im Jahr 2025 wurde der Scientology-Kirche Basel-Stadt fünfmal eine Bewilligung für eine Standaktion in Langenthal erteilt.
2. Besondere Vorschriften gibt es grundsätzlich nicht, aber das Amt für öffentliche Sicherheit hat klare Auflagen in der Bewilligung. Das ist eine Praxis und die heisst, dass die Standaktion so beschriftet, respektive gekennzeichnet sein muss, dass die Organisatoren dahinter gut erkennbar sind. Weiter gibt es die KKJBD¹, das ist die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. Und die Praxis oder die Empfehlung, die sie dort abgaben, berücksichtigen wir grundsätzlich. Diese lautet: "Für ein Bewilligungsverbot reicht es aus, dass hinter der Kampagne eine verfassungsfeindliche Grundhaltung steht, die das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip ablehnt und verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte negiert."
3. Da erteilten wir einer Organisation eine solche Bewilligung in diesem Jahr. Dabei handelte es sich um die Freikirche der 7. Tagesadventisten, wofür wir bislang im Jahr 2025 achtmal Bewilligungen ausstellten.

■ Frage von **Stadtrat Jan Herzig (SVP)** zum Thema: **Parkplatzbewirtschaftung:**

Wie ist der aktuelle Stand bei der geplanten Parkplatzbewirtschaftung?

■ Antwort von **Gemeinderat Martin Lerch (FDP):**

Die Richtlinien der Regierungstätigkeit, die im Winter und Frühling erarbeitet und im Juni nachher in Druck gelegt und veröffentlicht wurden, sehen vor, dass die Parkplatzbewirtschaftung in Langenthal zeitnah realisiert wird. Am 12. Mai 2025 wurde zudem auch die Motion "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung" von Robert Kummer, Franziska Zaugg-Streuli und Rosario Volante, alle von der FDP und Mitunterzeichneten eingereicht worden. Diese Motion mit Weisungscharakter wurde am 18. August 2025 in diesem Raum durch den Stadtrat in Einstimmung als erheblich qualifiziert und der Beschluss erlangte zwischenzeitlich nach der Publikation und dem Ablauf der beschwerten Frist zwischenzeitlich die sogenannte Rechtskraft. Der Gemeinderat nahm an einer seiner letzten Sitzungen von der Rechtskraft formell Kenntnis. Und nachdem die Motion überwiesen und eben in der Rechtskraft

¹ KKJPD = Konferenz der Kantons- und Polizeidirektorinnen und -direktoren



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

erwachsen ist, geht es jetzt darum, die Projektorganisation zu definieren, aufzugleisen. Diese soll demnächst dem Gemeinderat unterbreitet werden, sodass nachher mit der konkreten Umsetzung und Arbeiten angefangen werden kann.

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Vielen Dank. Merci vielmals auch allen Gemeinderäten, die die Fragen hier beantworteten. Und auch ihr erlaubt mir noch die Bemerkung, dass ich die Fragestunde unter anderem auf die Traktandenliste nahm, weil ich das Gefühl hatte, es gebe weniger Verwaltungsaufwand, als wenn zu jeder Frage eine Interpellation eingereicht wird.



13. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Wir kommen jetzt aber zum Traktandum Nr. 13, den Mitteilungen des Gemeinderates. Dazu liegt mir nichts vor. Allerdings haben wir mit Léon Metz, dem neuen Finanzverwalter der Stadt, einen Gast hier, der sich nun ganz kurz vorstellen wird. Bitte schön.

Geschätzte Stadtratspräsident, geschätzte Stadtratsmitgliederinnen und Mitglieder, besten Dank, dass ich mich kurz vorstellen darf. Mein Name ist Léon Metz und ich wohne mit meiner Familie in Lotzwil. Ich bin seit 12 Jahren verheiratet, habe drei Kinder und wie Sie im Dialekt nach hören können, bin ich in Zürich aufgewachsen und war auch viel in Freiburg. Ich machte mein Bachelorstudium in Betriebsökonomie an der ZHAW in Winterthur, absolvierte dann mein Masterstudium auch wiederum in Betriebsökonomie mit Vertiefung Unternehmertum an der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) in Fribourg und Lausanne. Und jetzt arbeitete ich die letzten 3,5 Jahre als Finanzverwalter in Balsthal und startete jetzt eben am vorletzten Mittwoch, 1. Oktober 2025 hier in Langenthal. Nebenbei betreibe ich mit "Smartbeer" noch ein kleines Projekt, das ich seit 2012 mit einem Kollegen zusammenführe. Das ist ein Bierabonnementservice und das gibt mir auch ein bisschen einen Ausgleich zur sonstigen Arbeit. Ich freue mich sehr, im Dienst der Stadt Langenthal tätig zu sein.

(Applaus)

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals. Ich glaube, ich rede im Namen von uns allen, wenn ich sage, dass ich weiterhin einen guten Start wünsche, gut zu arbeiten. Und wir sind dann spätestens auf das nächste Budget gespannt. Wir kommen zum Traktandum 14, die Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse. Ich übergebe das Wort an die Stadtratssekretärin Barbara Labbé zum Verlesen der eingereichten Vorstösse.



14. A Eingereichte dringliche Motion Diego Clavadetscher (FDP), Corinna Grossenbacher (SVP), Fanny Zürn (GRÜNE), Fabian Fankhauser (GLP) vom 13. Oktober 2025: Anpassung des Personalreglements im Zusammenhang mit Revision der Geschäftsordnung des Stadtrats

Motionstext:

"Anpassung des Personalreglements im Zusammenhang mit Revision der Geschäftsordnung des Stadtrats

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zuhanden des Stadtrats eine Vorlage vorzubereiten, die eine Anpassung des Personalreglements der Stadt Langenthal ermöglicht. Inhaltlich soll erreicht werden, dass die Funktion einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Stadtrats nicht nur über ein Arbeitsverhältnis, sondern auch über ein privatrechtliches Auftragsverhältnis ausgeübt werden kann.

Begründung:

Aufgrund der bereits durch das Plenum des Stadtrats gefällten Beschlüsse ist davon auszugehen, dass im Rahmen der bald anstehenden Revision der Geschäftsordnung des Stadtrats vor allem auch dessen Art. 17 eine Anpassung erfahren wird.

Sollte dies eintreten, muss die Widerspruchsfreiheit der städtischen Rechtsordnung gewahrt und damit auch das Personalreglement der Stadt angepasst werden.

Die vorliegende Motion wird eingereicht, um bezüglich dieser Frage Zuständigkeitsdiskussionen zu vermeiden."

Diego Clavadetscher
(Erstunterzeichnender)

Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 13. Oktober 2025 bestätigt.

Begründung der Dringlichkeit: Um die Koordination mit dem Geschäft "Revision der Geschäftsordnung" sicherzustellen, ist die vorliegende Motion möglichst rasch zu behandeln.



Die Behandlung der dringlich erklärten Motion erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹

¹ **Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



14. B Eingereichte Motion Murielle Schärer (GLP), Fabian Fankhauser (GLP), Nicole Baumann-Zumstein (GLP) und Mitunterzeichnende vom 13. Oktober 2025: Erlass eines Reglements über das Stadttheater Langenthal

Motionstext:

"Erlass eines Reglements über das Stadttheater Langenthal

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage zum Beschluss zu unterbreiten, welche den Erlass eines Reglements über die Organisation und Finanzierung (Sonderrechnung inkl. Spezialfinanzierung) des Stadttheaters Langenthal zum Inhalt hat.

Begründung:

In der Vergangenheit wurde bereits mehrmals über die rechtliche Verselbständigung bzw. Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung diskutiert. Eine zufriedenstellende Lösung konnte in den vergangenen 15 Jahre nicht gefunden werden. Das Stadttheater ist und bleibt somit vorläufig ein Regiebetrieb der Stadtverwaltung.

Die aktuelle Situation ist jedoch für alle Seiten unbefriedigend. Das Stadttheater benötigt eine gewisse künstlerische Freiheit und entsprechenden unternehmerischen Handlungsspielraum, was mit den aktuellen Strukturen nur schwierig umsetzbar ist (Stichwort: Budgetierung). Der Stadtrat wünscht sich eine gewissen Einflussnahme, was insbesondere die Finanzierung anbelangt, und kann diese nur bedingt im Rahmen des Budgets ausüben.

Aus diesem Grund soll für das Stadttheater eine Sonderrechnung inkl. dazugehöriger Spezialfinanzierung am Beispiel des Tierparks Bern eingeführt werden. Dafür benötigt es eine entsprechende gesetzliche Grundlage in Form eines Reglements. In diesem könnten auch die (Ausgaben-)Zuständigkeiten in Abweichung von den bestehenden Regelungen und nach den Bedürfnissen des Stadttheaters festgelegt werden. Dieser Schritt kann als eine Art Testlauf für eine mögliche Ausgliederung gesehen werden oder aber er bringt die gewünschten Ergebnisse und kann zu einer dauerhaften Lösung werden.

Ein weiterer Vorteil ist, dass die Finanzierung des Stadttheaters in der Stadtrechnung transparent abgebildet werden kann. Dies kann ebenfalls helfen, Beiträge Dritter zu generieren. So kann garantiert werden, dass die Beiträge unabhängig des Gesamtergebnisses auch wirklich dem Stadttheater zugutekommen und nicht im allgemeinen Haushalt der Stadt "verschwinden". Das Stadttheater wird dadurch aber auch in die Pflicht genommen, eine gewisse Wirtschaftlichkeit – soweit diese zumutbar und im kulturellen Kontext möglich ist – anzustreben. Denn ein allfälliger Negativsaldo muss gemäss den Bestimmungen in der Gemeindeverordnung innert 8 Jahren aus Betriebs- oder anderen durch das Theater generierten Mitteln ausgeglichen werden.

Beispiel Tierparkreglement Bern: https://stadtrecht.bern.ch/dgn-lex_152_08."

Murielle Schärer

(Erstunterzeichnende)



14. C Eingereichtes Postulat Nicole Baumann-Zumstein (GLP) und Mitunterzeichnende vom 13. Oktober 2025: Namensänderung verschiedener Bushaltestellen in Langenthal und Gemeindeteil Obersteckholz

Postulationstext:

"Namensänderung verschiedener Bushaltestellen in Langenthal und Gemeindeteil Obersteckholz"

Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob einzelne Bushaltestellen ("Rössli", "Ochsen", "Löwenplatz", "Passhöchi" in Langenthal und "Post" in Obersteckholz) kundenfreundlicher umbenannt werden können und welche Kosten dadurch für die Stadt anfallen.

Begründung:

Namen von Bushaltestellen werden gemäss der Verordnung über geografische Namen (GeoNV) vergeben. Haltestellennamen sollen geografisch zutreffend sein und in erster Linie der Orientierung der Reisenden dienen.

*Haltestellen wie "Rössli", "Ochsen" oder "Löwenplatz" wurden ursprünglich den damals dort beheimateten Restaurants zugeordnet. Diese existieren jedoch seit einigen Jahren nicht mehr, weswegen sie bei Ortsunkundigen oder jüngeren ÖV-Nutzern zu Irritationen führen können. Gerade das bei der Haltestelle ansässige **Ausweiszentrum** wird nicht mit dem "Rössli" in Verbindung gebracht.*

Auch die Haltestelle "Passhöchi" (beide Fahrtrichtungen) könnte durch eine neue Bezeichnung - z.B. "Friedhof" für Bus Nr. 63 Richtung Spital oder "Alterszentrum Haslibrunnen" für Bus Nr. 63 Richtung Industrie Nord für Besucher in Langenthal kundenfreundlicher gestaltet werden.

In Obersteckholz bezieht sich die Haltestelle "Post" auf die nicht mehr aktuelle Postdienststelle, welche nicht mehr dort ansässig ist. "Dorf" oder "Hubel" wäre deshalb geografisch zutreffender."

Nicole Baumann-Zumstein
(Erstunterzeichnende)



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 13. Oktober 2025

In eigener Sache

Stadtratspräsident Fabian Fankhauser (GLP): Vielen Dank, Barbara Labbé. Dann bleibt mir nur noch die Bitte, dass die vorher neu gewählten Mitglieder der nicht ständigen Kommission im Anschluss an die Sitzung kurz zu mir nach vorne kommen. Allen anderen danke ich sehr herzlich für die Mitwirkung am heutigen Abend. Ich wünsche Euch weiterhin einen schönen Abend, kommt gut nach Hause, Tschüss zusammen.